Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/4, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 80 Pf. Durch die Post bezogen Mk 2.50, frei ins Haus Mk 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratengebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt".

Nr. 22. Sonnabend, den 27. Januar 1906. 17. Jahrgang.

Das Duma-Wahlrecht.

In der „Russischen Korrespondenz" bespricht W. W. Wodowosoff, einer der besten Kenner des russischen Staatsrechts und des Wahlrechts, insbesondere das verworrene russische Wahlsystem. Der Verfasser schreibt:

Das Gesetz vom 6.—19. August 1905 und der Erlaß vom 11.—24. Dezember 1905 haben ein Wahlrechtssystem geschaffen, das besonders durch seine Kompliziertheit, Inkonsequenz und durch seinen Gegensatz zu den Forderungen des Volkes bemerkenswert ist. Da beide Akten zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Einflüssen ausgearbeitet wurden, so sind sie diese, obwohl ihnen der Zweck möglichst wenig zu bieten gemeinsam ist, weit entfernt, gleichartig zu sein. Der Erlaß vom 11.—24. Dezember ist in Form einer Ergänzung und Aenderung zum Gesetz vom 6.—19. August erschienen, und somit wird das ganze System noch viel komplizierter, viel verworrener und inkonsequenter. Das Bestreben des Gesetzgebers für all die verschiedenen Bevölkerungsgruppen verschiedene Wahlsysteme auszuarbeiten, führte dazu, daß, während für die Mehrheit der Wählergruppen ein bestimmtes Alter (25 Jahre) festgesetzt ist, wodurch das Recht auf Stimmabgabe erlangt wird, der Gesetzgeber inbezug auf die Arbeiterklasse vollkommen vergessen hat, das Alter festzusetzen. Somit haben dem Wortlaute nach alle Arbeiter das Stimmrecht, und da nach dem russischen Fabrikgesetz Kinder von 12 Jahren an in einer Fabrik arbeiten dürfen, so sind sie auch befugt, an den Wahlen teilzunehmen. Das ist selbstverständlich ein unbeabsichtigter Fehler des Gesetzgebers, aber er ist sehr charakteristisch und umsomehr, da man für die Ausarbeitung des Gesetzes vom 6.—19. Aug. fast ein halbes Jahr Zeit gehabt hat und für die Ausarbeitung des Gesetzes vom 11.24. Dezember fast volle zwei Monate brauchte, — ein Zeitraum, der gewiß lange genug ist, das Gesetz gut zu redigieren.

Das Gesetz vom 6.—19. August gewährte das Recht der Stimmabgabe:

1. denjenigen Personen, die ein unbewegliches Vermögen in sehr großem Werte besitzen (in verschiedenen Gouvernements ist die Höhe des Wertes verschieden. Dasselbe gilt auch in Bezug auf den Unterschied zwischen der Stadt und dem flachen Lande);

2. den Vertretern der handels- und industriellen Klasse, die entsprechende Steuern entrichten (auch im hohen Betrage);

3. in den Städten denjenigen Personen, die eine Wohnung von ziemlich hohem Mietswert innehatten (in Petersburg und Moskau wurde diese Summe auf 1320 Rubel (gleich über 2700 Mark) festgesetzt);

4. den Bauern.

Somit waren des Stimmrechts beraubt nicht nur alle Besitzlosen, sondern auch alle diejenigen, die nicht besonders reich waren, die Bauern ausgeschlossen; die Arbeiter, ein großer Teil der Intelligenz, die Kleinbürger sowie auch der Mittelstand, die kleinen und mittleren Grund-Besitzer — sie alle waren des Wahlrechts beraubt.

Das Gesetz vom 11.—24. Dezember hat die Zahl der Wahlfähigen bedeutend vermehrt. Nach ihm erhalten das Wahlrecht: die gesamte Klasse der Handelsindustriellen, die eine, wenn auch minimale Steuer entrichten, alle selbständigen Mieter und die Arbeiterklasse.

In Wirklichkeit aber ist diese Erweiterung eher eine rein formale, als tatsächliche. Sie wird vollkommen neutralisiert durch die Beibehaltung und zum Teil sogar Verstärkung folgender Prinzipien, die dem Gesetz vom 6.—19. August als Basis dienen:

1. Das **Kuriensystem.** Die Wähler sind in folgende Kurien eingeteilt, die zum gewissen Grad den österreichischen Kurien entsprechen:

a) Kurie der Grundbesitzer. Als Großgrundbesitzer gelten Grundbesitzer, die je nach dem Gouvernement nicht unter 100, 200, 300, 400 2c. Desjatinen (gleich 1,09 Hektar) Boden besitzen. Nur für einen Teil des Jalta-Bezirk des Gouvernements Taurien, wo die Sommerresidenz des Zaren liegt, ist diese Minimalsumme auf 25 Desjatinen festgesetzt. Im Zentrum des Reiches herrscht die Norm von 200—400 Desjatinen. Als mittlere Grundbesitzer gelten Grundbesitzer, die nicht unter ein Zehntel der Norm ihr eigen nennen. Die mittleren Grundbesitzer wählen besondere „Bevollmächtigte", je einen auf einen normalen Zensus. Desgleichen auch die Geistlichen, die kirchlichen Boden besitzen. Die „Bevollmächtigten" und die Großgrundbesitzer kommen auf einer Bezirksversammlung zusammen und wählen „Wahlmänner";

b) Bauernkurie. Die Bauern bilden eine zweite Kurie. Sie wählen erstens „Mitglieder der Wolostversammlung", je einen auf zehn Höfe. Die „Wolostversammlung wählt zwei „Bevollmächtigte", wobei die großen Unterschiede in der Größe der Wolostgemeinden keine Beachtung finden. Die Bevollmächtigten kommen zusammen und wählen die Wahlmänner;

c) Arbeiterkurie. Die Arbeiter stimmen in ihren Fabriken. Stimmberechtigt ist jeder Arbeiter, der in einer Fabrik, die nicht unter 50 Arbeiter beschäftigt, arbeitet. Jede Fabrik wählt einen Bevollmächtigten auf je ein volles Tausend Arbeiter, aber auch unter Tausend einen. Das heißt also: ob 50 Arbeiter, ob 999 Arbeiter, ganz gleich, sie haben nur einen Delegierten zu entsenden. Die Bevollmächtigten wählen dann die Wahlmänner. Die Arbeitslosen haben kein Stimmrecht. Arbeiter, die auf einer Fabrik, die während des Wahlaktes geschlossen ist (Streik, Aussperrung, Umbau 2c.) eingestellt werden, besitzen auch kein Stimmrecht;

d) Kurie der Stadtbürger. Zu dieser Kurie gehören: alle wirklichen Stadtbürger, mit Ausnahme der Arbeiter. Somit drei Gruppen der Bevölkerung: 1. die Klasse der Handelsindustriellen, 2. Wohnungsmieter und Angestellten, die ihr Gehalt von staatlichen Instituten oder Gesellschaften beziehen, 3. die Klasse der ländlichen Handelsindustriellen und Angestellten. Diese geben ihre Stimmen zusammen mit den Stadtbürgern ab, was zu großen Erschwerungen führen wird. Irgend ein Dorfschullehrer oder ein Dorfarzt muß weit von seinem Wirkungskreise stimmen, mit fremden Leuten zusammen und wird dem ihm bekannten Bürgerkreis entrissen. — Alle Stadtbürger wählen ihre eigenen Wahlmänner.

Die Wahlmänner aller Klassen oder Kurien kommen zusammen in der Gouvernementsstadt und wählen eine bestimmte Zahl Deputierter. Die Zahl der Wahlmänner für jede Kurie ist völlig willkürlich festgesetzt, z. B. in Petersburg wählen die Stadtbürger 160 Wahlmänner, und die Arbeiter in Petersburg und im Petersburger Gouvernement zusammen nur 24. In der Mehrzahl der Gouvernements haben bei dem letzten Wahlgange — der Wahl der Deputierten — die Großgrundbesitzer das Uebergewicht. Es ist also das Ziel des Kuriensystems, eine derart ungleichmäßige Vertretung zu garantieren, daß das Stimmrecht solcher Klassen wie der Arbeiter und der Bauern — besonders der ersteren — in eine bloße Fiktion verwandelt wird.

2. **Pluralvotum.** Ein Wähler, der in verschiedenen Orten einen genügenden Zensus aufzuweisen imstande ist, hat das Wahlrecht in allen diesen Orten. Ein Gutsbesitzer, der in verschiedenen Gouvernements Ländereien besitzt, hat das Stimmrecht in allen diesen Gouvernements. Wenn er außerdem in der Stadt wohnt und dort eine Wohnung mietet, so hat er noch dazu das Wahlrecht als Mieter. Ein Fabrikant genießt das Recht sowohl als Fabrikbesitzer wie auch als Mieter; die Arbeiter genießen dasselbe Recht, wenn sie eine selbständige Wohnung innehaben.

3. **Vielstufigkeit.** Wie wir gesehen haben, wählen die Großgrundbesitzer Wahlmänner, die dann Abgeordnete wählen, folglich wählen sie in zwei Stufen. Die mittleren Grundbesitzer wählen Bevollmächtigte, die Bevollmächtigten wählen die Wahlmänner und die Wahlmänner den Abgeordneten, folglich in drei Stufen. Die Stadtbürger wählen in zwei, die Arbeiter in drei und die Bauern gar in vier Stufen.

4. **Das System des Durchsiebens.** Jede Wählergruppe hat das Recht, nur aus ihrer Mitte zu wählen; die Bauern, die die Wahlmänner wählen, dürfen nur aus ihrer eigenen Gemeinde und nur Bauern wählen; die Arbeiter dürfen nur einen Arbeiter ihrer Fabrik wählen usw. Die Bevollmächtigten dürfen nur aus ihrer Mitte einen Wahlmann wählen; die Wahlmänner wählen einen Abgeordneten, doch auch nur aus ihrer Mitte. Wenn also in irgend einem Bezirk ein Lehrer, ein Arzt, ein Geistlicher oder irgendwer anders eine große Popularität genießt, so kann er in einer Gegend, die zumeist aus Bauern besteht, nicht gewählt werden, wenn seine eigenen Standesgenossen — die Geistlichen, wenn er ein Geistlicher, die Stadtbürger, wenn er ein Arzt oder Lehrer ist — ihn nicht zuvor zu einem Bevollmächtigten und dann zu einem Wahlmann gewählt haben.

Der wichtigste Umstand, unter dem die jetzigen Wahlen zustande kommen werden, ist die Unmöglichkeit einer Wahl-Agitation. Dem Gesetze nach ist eine Agitation nicht eher als einen Monat vor dem Wahltage zulässig. Dabei müssen noch eine Anzahl Bedingungen innegehalten werden, wie z. B., daß zu jeder Versammlung nur die Wähler der entsprechenden Kurie und des entsprechenden Wahlbezirkes zugelassen werden. Also dürfen z. B. in Petersburg die Bewohner des Wassilij-Ostrow (ein Stadtviertel. D. R.) sich nur unter sich versammeln, ebenso die Bewohner der „Petersburger Seite" usw. usw. Wenn in Petersburg ein N. als Kandidat sich aufstellt und auf der Petersburger Seite wohnt, so hat er kein Recht, auf der Versammlung in Wassilij-Ostrow zu erscheinen. — Die Polizei hat die Aufgabe, die Erfüllung aller Bestimmungen auf das strengste zu überwachen. — Das Zusammenwirken aller dieser Bestimmungen muß zu den unglaublichsten Ungeheuerlichkeiten führen, und das Ergebnis soll ein — Parlament sein.

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

95 (Nachdruck verboten.)

„Sie hatten tüchtige Arme, um es abzuwehren, Sie hatten Ihre graden Glieder."

„Es ist wahr," sagte der Professor mit zermalmender Kälte, „Sie sind im Nachteil, Sie sind ein Krüppel und Sie werden unterliegen."

Stefan fuhr auf. „Sagen Sie das nicht, Herr Professor, nicht mit dieser gräßlichen Bestimmtheit, so sehr bin ich noch nicht herabgekommen; noch denke ich an die Möglichkeit, mich aufzurafen, mich durchzubringen, noch bleibt mir wenigstens die Kraft des Wollens; ich will das nächste Ziel zum mindesten erreichen, ich will meine Studien vollenden um jeden Preis."

„Um jeden Preis?" wiederholte Schwarz langsam, wie für sich. Eine Pause entstand, dann hob er den Kopf und sah Stefan voll ins Gesicht. „Junger Mann, hören Sie mich. Ich will bis zur Beendigung Ihrer Studien die materielle Sorge von Ihnen nehmen und Ihnen zugleich die nötige Ruhe des Gemütes geben, damit Sie ihnen mit Erfolg obliegen können. Die nächsten Jahre, bis nach abgelegtem Universitätsexamen sind Sie in meinem Hause freigehalten und es soll Ihnen an nichts fehlen!"

Welch' ein unerwarteter, überraschender Antrag! Er machte Stefan schwindeln; ein Gefühl wahnsinniger Freude wallte in ihm auf, sein Herz pochte in verdoppelten Schlägen, indes seine Lippen rasche, unzusammenhängende Worte des Dankes stammelten; es war ihm, als müsse er dem Manne zu Füßen fallen.

Dieser aber wehrte ihn kalt ab. „Danken Sie mir nicht. Meinerseits ist keine Großmut im Spiele; ich werde eine Gegenleistung von Ihnen verlangen. Ich habe in dem Augenblicke nicht Zeit, Ihnen dieselbe auseinanderzusetzen, wir werden zu gelegener Stunde das weitere besprechen. Adieu!"

Er winkte verabschiedend mit der Hand. Stefan zog sich zurück. Er fühlte sich wie in einem Traume befangen. War es wahr, was er soeben erfahren, war es möglich? Welch ein jäher Wechsel in seinen Verhältnissen! Dies plötzliche Enthobensein von allen Sorgen, die Güte des Professors, die sich in soviel äußerliche Schroffheit kleidete, dies ganze Verehren und diese Gegenleistung, von der er nicht wußte, in was sie bestehen konnte, und die in ihrer Art jenem doch wichtig und wertvoll erscheinen mußte, das alles schwirrte ihm durch den Kopf, erfüllte ihn mit freudiger Zuversicht, und doch schien ihm alles wie ein ungelöstes Rätsel.

Einige Tage waren seitdem vergangen. Stefan war mit Professor Schwarz zum öfteren im Laboratorium zusammengetroffen, wo in dieser Zeit interessante Versuche angestellt wurden, aber dieser schien keine Notiz von ihm zu nehmen, ja, ihn kaum zu bemerken.

Es war ein kühler Abend in den ersten Tagen des Mai. Stefan hatte lange studiert und dann einige Aufsätze geschrieben, endlich sank die linke Hand ermattet herab, der Kopf neigte sich gegen die Brust, er schlief. Er träumte von ihr. Heitere, glückliche Gebilde erstanden ihm, er sah sich auf dem Gipfel seiner Hoffnungen, seiner Wünsche, und er lächelte im Traum, und über die halbgeöffneten Lippen kam es wie ein Hauch: „Valerie!"

Da erweckte ihn jene sonderbare Einwirkung, die die Nähe eines anderen, fremdartigen Geschöpfes in uns hervorbringt. Er reißt die Augen auf und blickt in zwei andere, die fest auf ihn gerichtet waren. Er kennt den kalten und doch so faszinierenden Ausdruck dieser Augen. Erschreckt sprang er in die Höhe und trat unwillkürlich vor dem Professor, der vor ihm stand, einen Schritt zurück, eine Entschuldigung stammelnd.

„Sie träumen süß," sagte Schwarz, und der mephistophelische Zug in seinem Gesicht trat scharf hervor, von Glück und Lieb, wie es scheint." Dann, den Ton ändernd: „Es tut mir leid, Sie gestört zu haben, aber ich bemerkte das Licht in Ihrem Zimmer, und da Frank schon schläft, so wollte ich Sie bitten, mir in das Laboratorium zu folgen, wo ich den neuen Bunsen'schen Apparat einer Probe unterziehen möchte.

Stefan gab sogleich seine größte Bereitwilligkeit kund und folgte dem Professor in das Laboratorium. Dumpf dröhnten die Schritte der beiden Männer in dem großen, leeren Raume. Das Licht der einen Gasflamme, die angezündet war, ward von den hohen, tiefen Wölbungen förmlich aufgesogen, und bei dem geringen Schein schien sich der Raum noch auszudehnen, mit seinen Nischen und Erkern ins Unabsehbare zu verlieren. Nur um den großen Kamin, in dem ein Feuer angezündet war, um die Nachtkälte zu paralysieren, hatte sich ein Lichtkreis gebildet. Ein roter Schein fiel weithin über den Estrich, glühende Reflexe tauchten bald hier, bald dort auf den Glasretorten, Reagenzgläsern und Flaschen auf und tanzten weiter wie Kobolde, indes gigantische Schatten an den Wänden aufstiegen und hinanwuchsen bis an das Gewölbe.

Der Apparat ward genau besichtigt und in Tätigkeit versetzt; man mußte nun das Resultat einer langsamen Verbrennung abwarten. Professor Schwarz hatte auf einem niedrigen Schemel nahe am Kamin Platz genommen, er hatte das Feuer im Rücken und es schien ihm wohl zu tun. Er forderte Stefan auf, sich auf einen zweiten Schemel niederzulassen; er wies ihm selbst den Platz an, und zwar so, daß die Gluten ihn grell beleuchteten, er konnte so jede Regung in diesem jungen Gesichte beobachten. In dem Augenblicke aber saß er vorgebeugt, die Ellenbogen auf's Knie gestützt, der Kopf ruhte in der Hand, die seine Augen verdeckte. In der Retorte sprudelte und brodelte es, sonst war kein Laut vernehmbar. Jetzt kam es wie ein Seufzer über die Lippen des Professors.

„Die Quelle aller Wissenschaft ist die Erfahrung", flüsterte er kaum hörbar, „wir haben kein anderes Mittel, wir müssen die Erscheinungen studieren, um zu Schlüssen auf ihre Ursachen und Gesetze zu gelangen."

„Ihrem Scharfsinne, Herr Professor, gelingt es immer, die richtigen zu ziehen."

Schwarz schüttelte leise den Kopf. „Auch ich bin großen Irrtümern unterworfen, auch ich stehe vor mancher Frage, wie vor einem Rätsel, und doch von der heißen Gier verzehrt, sie zu lösen." Er warf plötzlich den Kopf in die Höhe und seine Augen richteten sich scharf und kalt auf Stefan. „Eine solche Frage beschäftigt mich soeben, — würdeten Sie wohl im Interesse der Wissenschaft und zugleich um sich mir zu verpflichten mir in einigen Experimenten beistehen?"

Stefan errötete vor Vergnügen. „O, Herr Professor, Ihr Antrag macht mich unendlich glücklich."

„Sie kennen ihn noch nicht," erwiderte Schwarz herb. „Aber Sie würden, wenn Sie darauf eingingen, eben dasjenige erfüllen, was ich von Ihnen wünsche und erwarte; es wäre die Gegenleistung, die ich nach unserm Uebereinkommen zu fordern berechtigt bin."

Der Ton, in dem dies vorgebracht wurde, stimmte Stefan merklich herunter, dennoch sagte dieser mit Wärme: „Verfügen Sie ganz über mich, all' mein Können, alle meine, freilich nur geringen geistigen Fähigkeiten stehen zu Ihren Diensten."

„Ich brauche nicht Ihren Geist, mein junger Freund, ich spekuliere auf Ihren Körper." Stefan sah ihn betroffen an, der Professor schien nicht darauf zu achten, er fuhr fort: „Sie haben heute meinen Vortrag über die Entwickelung der Pilzformen mit angehört?"

„Jawohl, Herr Professor."

„Dann wissen Sie auch, daß man diese Pilze künstlich kultivieren kann, und daß es gelungen ist, dieselben in der Luft aufzufinden."

„Sie haben uns gezeigt, daß man diese mikroskopischen Pilze wegfangen, sammeln und säen kann."

Der Professor nickte. „Diese unsere Kenntnisse beschränken sich aber bisher nur auf die Gährungspilze, es gibt aber auch — Blutpilze. Nun, die Entwickelung dieser Blutpilze kennen wir nicht, und doch ist es fast gewiß, daß eine große Anzahl von Krankheiten der Menschen durch dieselben erzeugt werden. Aber wie kommt der Pilz in den Körper hinein? Wo existiert er außerhalb des menschlichen Körpers? Diese Fragen sind von der höchsten Bedeutung, sie können nur durch lange fortgesetzte Experimentationen mit künstlich erzeugten Pilzen beantwortet werden, und sie werden erst ihre vollständige Lösung finden, wenn es gelungen sein wird, sie in das Blut der Menschen zu übertragen und diese damit krank zu machen."

(Fortsetzung folgt.)

Die „Tyrannei der Straße“.

Das Herrenhaus hat wieder einmal den Staat gerettet. Nicht einmal eine volle Stunde hat es dazu gebraucht — die „geborenen Gesetzgeber“ arbeiten mit einer Eile, die das alte Sprichwort zu Ehren bringt, daß Geschwindigkeit keine Hexerei ist. — Die lüsterne Hoffnung auf Sensation hatte das Premieren-Publikum von Berlin W. auf die Beine gebracht und zum Palais vis-à-vis Wertheim geführt. Die Tribünen, sonst leer wie Wirbach-Kirchen, waren überfüllt. Die hochgeborenen Staatsretter schienen in ihren hochgemuten Preußenherzen sogar etwas wie Angst vor Tribünenkundgebungen gespürt zu haben; wenigstens unterwarfen die uniformierten Türhüter die Besucher einer scharfen Kontrolle, als ob die Berliner gewohnheitsmäßig Dolche, wie der selige Damon, im Gewande führen. — Soviel Lärm um einen Eierkuchen — sagt der Franzose. Doch wir wollen dem Eierkuchen nicht unrecht tun, indem wir ihn in einem Atem mit dem alten Kohl nennen, der am Mittwoch in Preußens erblicher Kammer aufgewärmt wurde. Ein Schock Grafen, Freiherren und sonstigen Junker — meist aus Ostelbiens Gefilden — hatten in Gemeinschaft mit einem einzigen Bürgerlichen, dem charakteristischen Professor Zorn, das Bedürfnis, sich zu erkundigen, ob die Regierung ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie beabsichtigt. Die Interpellation wurde von einem gewissen Grafen Eulenburg-Prassen begründet. Wenn die Mannschaft und die Wirbach solche Reden halten, bekommt wenigstens eine gewisse reaktionäre Art ihre Ausführungen, der weiße Schrecken, den der Eulenburger predigte, läßt die graue Farbe der Abgelebtheit, die den Glauben an sich selbst verloren hat. Fürst Bülow ging nicht weiter auf die Anfrage ein. Er begnügte sich den Wunsch nach einem Ausnahmegesetz — natürlich nur vorläufig — abzuschlagen, aber zum Trostes der Junker fügte er die gewohnte Tirade gegen die Sozialdemokratie hinzu, die er um ein neues Kraftwort Bismarckschen Gepräges, „Tyrannei der Gasse“ bereicherte. — Widerrochen wurde die Interpellation nicht. Schon gleich nach 2 Uhr verliefen sich die „Herren“, um bis — März von ihrer Staatsrettung auszuruhen.

* * *

Hier ein kurzer Bericht über die kurzen Verhandlungen:

Es steht die Interpellation des Grafen Finck von Finckenstein-Schönberg und des Grafen zu Eulenburg-Prassen und Genossen zur Beratung:

„Erscheint es der Königlichen Staatsregierung möglich, die vaterlandsfeindlichen Unternehmungen der Sozialdemokratie mit den Mitteln der bestehenden Gesetzgebung erfolgreich zu bekämpfen?“

Auf die Frage des Präsidenten erklärt Fürst von Bülow sich bereit, die Interpellation sogleich zu beantworten.

Zur Begründung erteilt das Wort

Graf zu Eulenburg-Prassen:

Die Wahrnehmung, daß die Bestrebungen der Umsturzpartei stetig wachsen und sich gegen Krone, Familie, Besitz und Vaterland richten und nicht zurückschrecken, das Ausland gegen das eigene Vaterland zu Hilfe zu rufen, **die Revolution in Rußland als nachahmenswertes Mittel der Selbsthilfe des geknechteten und entrechteten Volkes in Wort und Schrift ansehen, haben den Interpellanten das Gewissen geschärft**, daß es ihre Pflicht sei, dazu Stellung zu nehmen. An der Zeit ist die Frage, wie bei solcher Stellungnahme jemand, geschweige denn eine nach Millionen zählende Partei in Anspruch nehmen darf, daß sie die staatsbürgerlichen Rechte ausüben darf, ohne das dringende Korrelat beizubringen: die Uebernahme der Pflichten. Der Partei sprechen wir das Recht ab. Der Einzelne kann die Rechte in Anspruch nehmen, ohne nachzuweisen, daß er dessen würdig ist.

Es handelt sich nicht um den Bestrebungen, sondern von den Unternehmungen der Sozialdemokratie, denn es ist unsere Aufgabe, aus dem Kampf mit den Worten eine Unternehmung sich [illegible] zu machen. Wenn auch aus den erwähnten an Sporadischen Unternehmungen nichts herausgekommen ist und dank den rasch getroffenen Maßnahmen in der Residenzstadt und den größeren Orten, wenn auch die Führer der Partei, die ja eine [illegible] haben, sich in den Pfuhl verdampft zu begeben, allerdings [illegible] nur ihre Verführten Genossen in den Kampf zu führen, [illegible] aber am [illegible] die Verantwortung für die Opfer übernehmen, die das Straßenpflaster decken können, so halten wir doch die Sache für außerordentlich schlimm, da hier die Früchte der Organisation zutage treten, und wir daraus entnehmen können, daß die wachsenden Bestrebungen der Führer bisher [illegible]. In den Versammlungen der Partei wird [illegible] die alte Forderung der Sozialdemokratie auf [illegible] **des Wahlrechts nach ihren Bedürfnissen**, wenn das ausbleibt, so würde das die Bevorzugung und [illegible] **des Deutschen Reiches** bedeuten.

Welche Gesetze sind im Reiche die geltenden Gesetze aus? Wenn Sie [illegible] diese Frage bejahen, so wünschen wir, daß [illegible] Ein Mittel verlangen wir nicht [illegible] Wenn es der Presse nicht durch die [illegible] Bestimmungen [illegible] werden, so kommt der Augenblick [illegible] werden müssen, von der Umsturzpartei [illegible]. Eine strenge und zweckbewußte Anwendung der Gesetze dürfte wohl eine Wirkung haben. Wir wissen [illegible], daß, wenn die Partei sich einer verschärften Anwendung der Gesetze gegenüber befindet, es ohne durchschlagende [illegible] wird abgehen können. Die Presse wirkt ja [illegible] Bekämpfung der Sozialdemokratie, [illegible] wird die Presse doch einsehen, daß wir [illegible] gegenüber [illegible] ist. Die Treue des [illegible] Volkes und die Bundesgenossen der Regierung, als das Herrenhaus immer bewiesen hat und sie werden immer mehr sich bewähren, das Volk vor der Verführung retten zu helfen. Das Vertrauen des gesamten Bürgertums gehört heute dem Könige und der Regierung. Zeigen wir, daß die Hoffnung lebendig [illegible] und endlich zum Stern [illegible] führt, die in Gottesfurcht, [illegible], Königstreue, Familienleben ihr Erdenglück suchen. (Lebhaft Beifall.)

Ministerpräsident Fürst Bülow:

Meine Herren! Der Herr Graf von Eulenburg-Prassen hat auf [illegible] hingewiesen, die von der Sozialdemokratie drohen. Die Gefahren — ich wende dem Herrn Begründer der Interpellation [illegible] daß er das ausgesprochen hat — diese Gefahren kann niemand ernster bewerten als ich. **Ich habe in der Tat keine Gelegenheit versäumt**, der Sozialdemokratie **mit Nachdruck entgegen zu treten**. Ich habe die bürgerlichen Parteien und das Land auf die Bedrohung **unseres Rechtsstaates und unserer** verfassungsmäßigen Einrichtungen, auf die Bedrohung der Grundlagen jeder bürgerlichen Ordnung des Rechts und der Individualität immer und immer wieder hingewiesen. Selbstverständlich glaube ich hiermit meine Pflicht zum Schutze unserer geistigen und materiellen Güter nicht erfüllt zu haben. Ich erkenne es als unbestreitbare Pflicht jeder Regierung an, den von dem Herrn Grafen zu Eulenburg-Prassen [illegible] Gefahren entgegen zu treten, sie im Rahmen der Gesetze mit Energie zu bekämpfen, Agitationen, welche die staatliche Ordnung gefährden, soweit die Gesetze dies irgend zu lassen, zu unterdrücken. Diese unsere Pflicht werden wir nicht verleugnen. Daß daher wir in diesen Tagen geneigt. **Vor der Tyrannei der Straße beugen wir uns nicht. Durch Demonstrationen und Drohungen lassen wir uns nichts abtrotzen.** Pöbelexzesse und Revolutionen werden wir in Preußen, in Deutschland nicht dulden. Die Regierung hält — und damit beantworte ich die in der Interpellation gestellte Anfrage — die Regierung hält **eine Vermehrung ihrer Befugnisse die jetzt nicht für nötig. Von ihren gesetzlichen Befugnissen aber wird sie entschlossen Gebrauch machen.** (Beifall.)

Meine Herren! Staatsfeindlichen Bestrebungen gegenüber hat aber nicht nur die Regierung Pflichten. Der Herr Vorredner hat an die Worte „caveant consules“ erinnert, das heißt: **Reichskanzler ergreife die Offensive, ergreife außerordentliche Maßregeln, zeige der Revolution den starken Arm des Staates.** Meine Herren! Die Entscheidung darüber, **wann der Augenblick gekommen** ist, an die gesetzgebenden Körperschaften zu appellieren, um verstärkte Machtmittel gegenüber revolutionären Umtrieben zu fordern, muß der verantwortlichen Regierung überlassen bleiben. (Beifall und Sehr richtig!) Anzeichen, Aeußerungen von Nervosität, wie sie hier und da in der Presse hervortreten, schaden der guten Sache, nützen dem Gegner, indem sie den Glauben erwecken können als wenn es ihm ein leichtes wäre, unter dem gegenwärtigen Rechtszustand sein Ziel zu erreichen. Mehr, viel mehr nützen die Presse und die Parteien der gemeinsamen Sache, wenn sie angesichts des gemeinsamen Gegners den inneren Streit untereinander zum Schweigen bringen und den Zusammenschluß aller bürgerlichen Elemente zum Kampfe gegen die revolutionäre Sozialdemokratie anbahnen. (Sehr richtig!) Die Zeit ist zu ernst, als daß wir uns den Luxus gestatten könnten, uns untereinander zu bekriegen. Dem Ausdruck dieser Ueberzeugung bin ich aber bisher leider noch viel zu selten begegnet. Im Gegenteil! Während und nach den letzten Reichstagswahlen haben sich die bürgerlichen Parteien zu oft in den Haaren gelegen, sie gaben sogar, zu meinem tiefen Bedauern, Wahlbündnisse abgeschlossen mit der Sozialdemokratie. (Hört, hört!), die ihrerseits alle bürgerlichen Elemente als eine einzige feindliche Masse betrachtet und behandelt.

Für die Regierung und für die bürgerlichen Parteien muß die Parole lauten: „Gegen die revolutionäre Sozialdemokratie!“ Der Uebermut dieser Partei wäre nicht so hoch gestiegen, wenn nicht von unserer Seite in Unterschätzung der Grundbedingungen, der Existenzbedingungen unserer äußeren Wohlfahrt und Machtstellung und unserer inneren Wohlfahrt, der unserer Freiheit und Kultur drohenden Gefahren wir immer und immer wieder es an der nötigen Kohäsion hätten fehlen lassen. Die Königliche Staatsregierung wird gegenüber der Sozialdemokratie auf dem Posten sein. Sie wird ihre Schuldigkeit tun nicht nur mit unerschrockener Anwendung der Gesetze, sondern auch, indem sie das tut, was sie kann, um zwischen den bürgerlichen Parteien und der Regierung Uneinigkeit und Zwiespalt und Mißverständnisse zu verhindern und zu beseitigen, um ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien und der Regierung zu ermöglichen. An die bürgerlichen Parteien aber richte ich auch von dieser Stelle die Mahnung: Seien wir einig gegenüber dem gemeinsamen Feind! (Lebhafter Beifall.)

Der Reichstag

nahm Donnerstag zunächst in dritter Lesung das Gesetz betr. die Statistik des Warenverkehrs debattelos an. Dann wandte er sich der Fortsetzung der ersten Beratung über die Maß- und Gewichtsordnung zu. Genosse Stolle vertrat noch einmal in aller Schärfe die drei prinzipiellen Forderungen unserer Fraktion zu diesen Gesetz: Belassung der Eichämter bei den Gemeinden, Eichung der Kohlenförderwagen und der Längenmaße in der Textilindustrie. Für die erstere Forderung traten auch das Zentrum und die Freisinnigen ein, die ja infolge des Klassenwahlrechts vielfach die Herrschaft in den Gemeinden haben, für die Sicherung gerechten Maßes bei den Bergarbeitern nur das Zentrum mit Rücksicht auf seine Wahlstimmen im Ruhrrevier, für den Schutz der Aermsten, der Textilarbeiter — ein bürgerlicher Abgeordneter. Die Vorlage ging schließlich an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Den Rest der Sitzung füllte die erste Lesung eines Gesetzentwurfs betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie. Alle Redner, auch Genosse Dietz, der mit eindringender Sachkenntnis den Entwurf bis in alle Einzelheiten hinein erläuterte, erkannten den erheblichen Fortschritt an, den das Gesetz mit sich bringt und hatten nur an einzelnen Bestimmungen Kritik zu üben. Zur weiteren Behandlung wurde die Vorlage einer 14gliedrigen Kommission überwiesen. Freitag steht eine weitere Folge der zahlreichen dem Reichsparlamente in dieser Session vorgelegten Spezialgesetze zur ersten Beratung.

Politische Uebersicht.

Aus der Haft entlassen. Genosse Crispien ist gegen 6000 Mk. Kaution Mittwoch Nachmittag auf Antrag des Verteidigers freigelassen worden.

Hat man denn wirklich geglaubt, daß der sozialdemokratische Redakteur ohne Kaution flüchten würde?

Wo bleibt das Dementi? In dem Aufruf der französischen Arbeiter-Syndikate gegen den Krieg und die Kriegstreibereien gewisser Macher in der Marokkofrage war, wie wir berichteten, eine sehr ernste Wendung enthalten, die der sonst so geschäftige offiziöse Telegraph übersehen hat, — augenscheinlich mit Absicht. Da bis jetzt weder in der französischen noch in der deutschen offiziösen Presse ein Dementi zu finden war, sei hier die betreffende Stelle noch einmal zitiert:

Im Juni 1905 wurde die Kriegserklärung nur durch den Rücktritt Delcassés verhindert. Seitdem hängt der Krieg an dem geringsten Zwischenfall. Das ist so wahr, daß am 19. Dezember 1905, **nachdem der französischen Regierung die Rückberufungsordre des deutschen Botschafters in Paris bekannt geworden war**, die telegraphischen Verbindungen während 4 Stunden suspendiert waren, damit der Minister nötigenfalls die Mobilisierungsordres in aller Schnelligkeit erteilen konnte.

Nun, wie inzwischen bekannt geworden, ist der Telegraph tatsächlich am 19. Dezember während 4 Stunden suspendiert gewesen. Trotzdem erscheint die Behauptung, daß der deutsche Botschafter in Paris bereits die Rückberufungsordre gehabt haben soll, so ungeheuerlich, daß man sie nicht glauben kann. Die Behauptung enthält insofern eine Unterlage, als um diese Zeit die Verlegung der Konferenz von Algeciras nach Madrid, die von Frankreich und England versucht wurde, der sich jedoch Deutschland widersetzte, als Vorschlag Spaniens auftauchte. Zu vermerken ist ferner, daß am 18. Dezember der deutsche Gesandte in Madrid, Herr von Radowitz, plötzlich in Paris eintraf, um mit dem Pariser Botschafter zu konferieren. Genau dem wie immer, eine derart bestimmt ausgesprochene Behauptung, die in voriger Woche an allen Straßenecken Frankreichs zu lesen war, kann die deutsche Regierung nicht unwidersprochen lassen. Heraus also mit der Sprache!

„Irre geleitet“. In einem Antwortschreiben auf die Glückwunschadresse der Dresdener Stadtverordneten tut König Friedrich August von Sachsen auch der Wahlrechts-Demonstration Erwähnung. „Schmerzlich“, heißt es da, „hat es mich berühren müssen, daß in den letzten Wochen ein irregeleiteter Bruchteil der Bevölkerung sich zu gesetzwidrigen Kundgebungen gegen meine Regierung und zu bedenklichen Ausschreitungen hat hinreißen lassen.“ Bei der Demonstration am 3. Dezember soll sich Friedrich August verwundert erkundigt haben, was diese aufgeregten Volksmassen zu bedeuten hätten. Auch aus dem Schreiben an die Stadtverordneten geht hervor, daß der König über die Bedeutung und das Ziel der Bewegung von seinen Ratgebern nicht nur im Dunkeln gelassen, sondern direkt falsch unterrichtet ist. Die Ursache zu den Dresdener Vorgängen lag nicht in der Radaulust eines „irregeleiteten Teiles“ der Bevölkerung, sondern sie stellten nur eine Aeußerungsform der gewaltigen Erregung dar, die über vier Fünfteln der Bevölkerung innewohnt. Und mit Recht! Denn die Regierung hat selbst in ihrer Denkschrift anerkannt, daß diese vier Fünftel politisch rechtlos sind. Interessant ist auch, daß der König bei seinem Trinkspruch anläßlich des Besuches des Prinzen Ludwig von Bayern in Dresden von der jetzigen Zeit sprach, „wo die politische Erregung hoch geht, die auch nicht allenthalben eine rosige Aussicht für die Zukunft eröffnet.“ Ludwig von Bayern vermied in seiner Antwort jede Anspielung auf politische Verhältnisse. Vor kurzem hat der Prinz bekanntlich noch in der bayerischen Kammer der Reichsräte eine Lanze für das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht gebrochen. Um so eigentümlicher muß ihn die Erwähnung der „politischen Erregung“ berührt haben, die doch einzig und allein dem Umstande entspringt, daß man dem Volke sein ursprüngliches Recht vorenthält

Die Wahrheit dringt durch! Die niederträchtige Verleumdung der bürgerlichen Presse, die Hamburger Plünderungen seien von den Wahlrechtsdemonstranten verübt worden, wird jetzt selbst in dem senatsoffiziösen Hamburger Korrespondenten zurückgewiesen. Das Blatt berichtet, daß von den Leuten, die geplündert haben, ca. 42 verhaftet seien und fährt dann fort:

Die meisten der Leute sind als **bereits mehrfach vorbestrafte Verbrecher** erkannt worden, die **ständig in den Verbrecherkreisen und Kaschemmen verkehren** und auch größtenteils dort aufgegriffen worden sind.

Und weiter meldet dasselbe Blatt:

Die durch den Krawall geschädigten Geschäftsinhaber des Schopenstehls wandten sich an den Senat mit einer Eingabe, in der um Deckung des etwa 100,000 Mark betragenden Gesamtschadens aus Staatsmitteln ersucht wird. Wie bereits mitgeteilt, stützt sich das Gesuch darauf, daß der Schopenstehl **eine Stunde lang ohne genügenden polizeilichen Schutz gewesen sei, trotzdem die Polizei Kenntnis von der Zusammenrottung des Gesindels hatte**, das bald darauf die Gewalttaten in den Parteirelokalitäten verübte.

Nach alledem muß man tatsächlich zu der Auffassung kommen, daß die Krawalle und Plünderungen absichtlich hervorgerufen worden sind, um die Wahlrechtsbewegung des Hamburger Proletariats zu diskreditieren und einen Vorwand zu schaffen für die Etablierung der Polizei-Diktatur.

Eine Denkschrift über Kiautschau ist dem Reichstage, wie alljährlich, zugegangen. In derselben heißt es unter anderem:

Obwohl sich die Einwirkungen des russisch-japanischen Krieges im größten Teile des Berichtsjahres auch in der deutschen Kolonie für Handel und Schiffahrt noch geltend machten, weist die Kolonie auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens erfreuliche Fortschritte (?) auf. Die Einnahmen sind von 501,946 auf 1,001,170 Mk. gestiegen. Der Schiffsverkehr wuchs von 337 auf 413 Schiffe mit 420,517 Register-Tons an. Auf der Schantungbahn steigerte sich der Verkehr von 495,905 auf 780,228 Personen und von 125,303 auf 279,740 Tonnen Frachtgüter. Die Einkünfte des chinesischen Seezollamtes in Tsingtau vermehrten sich von 618,000 auf 796,000 Dollars. Der Wert des Durchgangshandels betrug 32,426,596 gegen 24,861,262 Dollars im Vorjahre.

Den Bedürfnissen des wachsenden Handels entsprechend wurde die Angliederung des deutschen Kiautschaugebietes an das chinesische Zollgebiet zum 1. Januar 1906 vereinbart. Von der neuen Regelung des Zollwesens wird die Erleichterung des Handelsverkehrs und namentlich ein Aufschwung der industriellen Entwickelung der Kolonie erwartet. Das Freihafengebiet, welches bisher das ganze Schutzgebiet umfaßte, wurde auf den Hafen selbst und das anstoßende Gelände beschränkt. Als Ersatz für die Mehreinnahmen aus dem Zollanschlusse führt das chinesische Seezollamt jährlich 20 Prozent der Einnahmen aus den Einfuhrzöllen an das Gouvernement ab.

Die Gesundheitsverhältnisse sind die besten an der ganzen ostasiatischen Küste. Infolge der zunehmenden Bedeutung Tsingtaus als Handelsplatz wurde eine einheitliche, die gesamte Kaufmannschaft umfassende Handelskammer gebildet. Die Nachfrage nach Land war lebhaft, die private Bautätigkeit rege. Das große Schiffe bis zu 1600 Tonnen aufnehmende Schwimmdock wurde bereits in Benutzung genommen. Ein großer Kran von 150 Tonnen Tragfähigkeit wurde aufgestellt. Zum ersten Male wurden in Schantung Kohlen in größeren Mengen nach Tschifu, Tientsin, Schanghai und Hongkong ausgeführt.

Die Denkschrift macht ferner Mitteilungen über die mit den Laienbeisitzern des Gerichts des Schutzgebietes in Zivil- und Strafsachen gemachten Erfahrungen, die als durchaus günstig bezeichnet werden. Die Denkschrift betont, daß die Mitwirkung des Laienelements, insbesondere von Männern aus der Praxis des wirtschaftlichen Lebens, nicht nur für die Rechtsprechung auf Grund des geltenden Kolonialrechts erwünscht sei, sondern auch für dessen innere Fortbildung. Dies beziehe sich sowohl auf den Ausbau eines Handelsgewohnheitsrechts, als auch auf die bedeutsamen Aufgaben, die der Gesetzgebung auf kolonialem Gebiete noch gestellt sein werden. An der deutschen Gouvernementsschule wurde der Lehrplan des Reform-Realgymnasiums eingeführt.

Aus Deutsch-Südwestafrika wird amtlich gemeldet: Wie neulich gemeldet wurde, hatte Cornelius, der seit Dezember im Tirasgebirge sitzt, dem ihm drohenden Angriff des Leutnants von Crailsheim sich zu entziehen gewußt und am 13. Januar einen Viehposten bei Umub, nördlich von Bethanien, überfallen. Die in Bethanien stehende 5. Kompagnie des Feldregiments Nr. 2, unter Oberleutnant von Wittenburg, nahm ihm damals den größten Teil des Viehs wieder ab und verfolgte ihn in der Richtung auf Gimusis. Die Abteilung Crailsheim und Teile der 4. Kompagnie des Feldregiments Nr. 2 unter Leutnant Freiherrn von Stein schlossen sich unterwegs an. Am 19. Januar früh gelang es, den Gegner in den Tirasbergen in der

Gegend der Aribansaspforte zum Kampf zu stellen. Er zählte über 100 Gewehre und war außerdem von zahlreichen nicht mit Gewehren ausgerüsteten Kriegern begleitet. Nach dreistündigem Gefecht wurde Cornelius in die Flucht geschlagen. Er ließ 12 Tote, Hereros und Hottentotten, darunter einen Herero-Kapitän, auf dem Platze. Eine Anzahl Gewehre, Reittiere und Großvieh wurde erbeutet. Auf deutscher Seite sind drei Mann gefallen und drei schwer verwundet worden. Der geschlagene Gegner floh nordwestlich und wurde durch die 5. Kompagnie des Feldregiments Nr. 2 bis Korais verfolgt. Oberst Dame meldet außerdem, daß auf der Etappenstraße Windhuk—Kub die Milzbrandsperre und auf dem Vatwege die Rinderpestsperre aufgehoben sind. Die Sanierung der für die Verpflegung unserer Truppen so bedeutsamen Verhältnisse dürfte in erster Linie dadurch herbeigeführt sein, daß im November 1905 ein großer Teil des krankheitsverdächtigen Zugviehs getötet worden ist. Es ist zu hoffen, daß nach Ergänzung des nun verbliebenen Bestandes an Zugtieren eine Erleichterung im Verpflegungsnachschub eintritt. Immerhin darf die Möglichkeit nicht aus den Augen gelassen werden, daß trotz aller Vorsichtsmaßregeln die Seuche erneut zum Ausbruch kommt.

Das „tolerante" Zentrum. Daß es dem Zentrum mit seinen Lex Heinze-Bestrebungen nicht nur um den Schutz dessen, was es unter Sittlichkeit versteht, sondern in vielleicht noch höherem Maße um die Bekämpfung alles dessen, was ihm politisch und geistig unbequem ist, ankommt, hat es in schwachen Augenblicken schon häufig verraten. Es bleibt darum doch notwendig, auch alle neuauftauchenden Fälle zu verfolgen, die zur Beleuchtung der „Gewissensfreiheit" dienen, wie sie das Zentrum verstanden wissen will. In Schwäbisch-Gmünd gibt in jedem Jahr eine Theatergesellschaft mehrere Monate lang Vorstellungen und erhält, damit seine Leistungen dadurch gesteigert werden, das Festhallentheater dafür eingeräumt und bekommt außerdem eine städtische Unterstützung. Am Dienstag voriger Woche wollte die Direktion das bekannte, seiner Tendenz nach antiklerikale Stück: „Die Brüder von St. Bernhard" von Oborn aufführen und hatte die Vorstellung bereits in der Zeitung angekündigt, als plötzlich dem Direktor „von maßgebender Seite" der Wunsch nahegelegt wurde, die Aufführung zu unterlassen. Der Direktor kam dem Wunsche nach. Wer war die maßgebende Stelle für die in Gmünd zu pflegende dramatische Kunst? Das war der Herr Bürgermeister, der sich auf Veranlassung des katholischen Dekans den Direktor kommen ließ, um ihm zu sagen, man wolle die Aufführung dieses Stückes zwar nicht verbieten, aber schwerlich könne man im Falle ihrer Aufführung im nächsten Jahre der Direktion noch die städtische Subvention und das Festhallentheater zur Verfügung stellen. Dieser Wink mit dem Zaunpfahl hat begreiflicherweise gewirkt und das angekündigte Schauspiel wurde abbestellt.

Die Revision im Pommernbankprozeß verworfen. Das Reichsgericht verwarf, wie aus Leipzig gemeldet wird, die von den früheren Direktoren der Pommernbank Schulz und Romeick eingelegte Revision, ebenso die vom Staatsanwalt eingelegte Berufung. Es wird in dem gefällten Urteil weder ein Rechtsirrtum noch ein Widerspruch erblickt. Es bleibt also bei dem Urteil, das Schulz zu 3½ Jahren Gefängnis und 30,000 Mark Geldstrafe, Romeick zu 3 Jahren Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein beträchtlicher Teil der Untersuchungshaft war auf die Strafe angerechnet worden.

Ausland.

Der Präsident der Republik, Herr Emile Loubet, der sich am 18. Februar ins Privatleben zurückzieht, hat, wie wir in der „Ffk. Ztg." lesen, keinerlei Anspruch auf Pension, obwohl er in Wirklichkeit der erste Diener des Staates gewesen ist und sein Amt regelmäßig bis zum gesetzmäßigen Ende versehen hat. Als Mitglied der Deputiertenkammer und später des Senats bezog Loubet von 1876 bis 1899 einen Jahresgehalt von 9000 Fr.; eine Pensionskasse ist für die Parlamentarier erst am 1. Januar 1905 begründet worden, so daß Herr Loubet keinen Anteil an ihr hat, falls er sich nicht wieder in den Senat wählen lassen will, was allerdings nicht zu erwarten ist. Aus dem Elysee nimmt Loubet keinen Anspruch auf Pension mit. In gut unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß Herr Loubet trotz seiner zahlreichen Reisen und Empfänge doch als Präsident der Republik etwa zwei Millionen Franks aus seinen regelmäßigen Bezügen erübrigt hat. Der Präsident der Republik erhält jährlich eine Dotation von 600,000 Franks, ferner 300,000 Franks für die Kosten seines Haushalts und die Besoldung seiner Beamten und schließlich 300,000 Franks für allgemeine Repräsentations- und Reisekosten; das Staatsoberhaupt und der ihn umgebende Apparat kostet also jährlich nicht mehr als 1,200,000 Franks. Das Staatsbudget der Republik setzt die Ausgaben für das Staatsoberhaupt in einem besonderen Abschnitt des Budgets des Finanzministeriums fest, der die Ueberschrift „Oeffentliche Gewalten" führt und zugleich die Ausgaben für das Parlament bestimmt; dieser Abschnitt setzt sich aus folgenden fünf Punkten zusammen:

Dotation des Präsidenten der Republik	600,000
Kosten des Haushalts des Präsidenten der Republik	300,000
Kosten für Reisen und Repräsentation des Präsidenten der Republik	300,000
Verwaltungs-Ausgaben des Senats und Entschädigung der Senatoren	4,600,000
Verwaltungs-Ausgaben der Deputierten-Kammer und Entschädigung der Deputierten	7,706,500
Summa	13,506,500

Wenn man erwägt, daß die Minister zwar 60,000 Franks Jahresgehalt beziehen, aber keinen Anspruch auf Pension besitzen, so muß man zugestehen, daß die Ausübung der vollziehenden und der gesetzgebenden Staatsgewalt zusammen den französischen Steuerzahler nicht gerade ungebührlich belastet.

Die französische Deputiertenkammer setzte in der Sitzung vom 25. d. Mts. die Beratung der Arbeiterversicherungsvorlage fort. Artikel 4, welcher besagt, daß die in die Register eingetragenen fremdländischen Arbeiter und Angestellten unter gewissen Bedingungen ebenso wie die französischen behandelt werden, wird angenommen. Ein von Vallant eingebrachter Abänderungsantrag, der die Streichung aller einschränkenden Bestimmungen verlangte, wird von Millerand bekämpft und danach mit 426 gegen 98 Stimmen abgelehnt. Artikel 5, nach dem die Pensionierung bei Erreichung des 55. bezw. 60. Lebensjahres eintritt, wird angenommen, ebenso Artikel 6, welcher die Tätigkeit der nationalen Arbeiterversicherungskassen regelt.

Zu den Wahlen in England. Bis zum 25. d. M., Mittags, sind gewählt: 325 Liberale, 39 Arbeiterparteiler, 81 Nationalisten und 137 Unionisten. Die Liberalen haben bisher 165 Mandate gewonnen.

Balfour hat das Anerbieten angenommen, als Kandidat der City aufzutreten an Stelle Gibbs, welcher sich erboten hat, zugunsten Balfours auf seine Kandidatur zu verzichten. — Sir Edward Grey ist in Northumberland mit 5102 Stimmen gewählt worden. Der Gegenkandidat Joskin (Unionist) erhielt 2862 Stimmen.

Passive Resistenz wird wieder von den Eisenbahnern auf der österreichischen Südbahn geübt. Veranlassung hierzu hat die Entlassung von 13 Rangierern und einem Rangiermeister gegeben.

Ein Nationaldenkmal. Im Jahre 1915 sind 600 Jahre vergangen, seitdem die Schlacht am Morgarten stattfand. Der Kanton Schwyz in der Schweiz hat beschlossen, zum Andenken an die Erhebung der Urkantone ein Nationaldenkmal zu errichten.

Ein Bergarbeiterstreik ist im Ortfailer Kohlenrevier (Oesterreich) ausgebrochen. Er ist allgemein und umfaßt 3000 Arbeiter. Im Monat Dezember v. J. hatten die Arbeiter der Direktion eine Eingabe unterbreitet, worin sie eine 20prozentige Lohnerhöhung für sämtliche Arbeiter forderten; den Vorsatzarbeiterinnen sollte ein Schichtlohn von 1 Krone 60 Heller, den Häuern ein Grundlohn von 3 Kronen gezahlt werden. Auch wenn die Arbeitszeit wegen zu hoher Temperatur nur 6 Stunden dauert, sollte der Mindestlohn 8 Kronen betragen. Das waren die Hauptforderungen, die gewiß sehr bescheiden zu nennen sind, die aber von der Direktion abgelehnt wurden. Dieselbe wollte den Arbeitern eine Erhöhung des Lohnes von 1 Krone 10 Heller auf 1 Krone 24 Heller (also von 88 Pfg. auf 1 Mk.). Diese Zugeständnisse waren den Arbeitern zu gering und sie beschlossen den Streik.

Aus Rußland.

Vom Waffenschmuggel.

Ein geheimes Dokument in Bezug auf den Waffenschmuggel veröffentlicht der Warschauer „Arbeiter." Es lautet:

Nr. 723 Kanzlei des Warschauer Generalgouverneurs.
Geheim.

In Ergänzung zum Bericht vom 7. November unter Nr. 697 habe ich die Ehre zu melden: „Der Militäragent von Brüssel und Haag berichtet dem Generalstab, daß die Waffensendungen aus den Fabriken des Lütticher Bezirks fortgesetzt werden, sowohl in größeren Quantitäten, wie auch in vereinzelten Kisten. Es scheint, daß die Waffen zu uns geheim nicht durch die deutschen, sondern speziell durch englische Häfen gesandt werden. Die Kisten werden in Waggons und dann auf Schiffen gefahren, wo sie unter der Kohle verborgen gehalten werden.

Ein größerer Transport Waffen, der von Reslin u. Adams auf Rechnung Mawersheim und der Read Store Line Gesellschaft geschickt wurde, wurde bis Antwerpen verfolgt: Fünfhundert Kisten mit Waffen im Gewichte von 8550 Kilo wurden auf das Schiff „Vaterland", das der obengenannten Gesellschaft gehört, geladen. Das Schiff ging am 2. November nach Dover. Die Kisten haben das Zeichen R. 705 und waren bestimmt für Southamton über Dover.

Nach Moskau wurden direkt geschickt: am 3. Dezember eine Kiste an Herrn Sorbgard, am 7. Dezember 3 Kisten der russischen Gesellschaft „Transport", am 7. ebenfalls 2 Kisten an Herrn Landau, am 9. 1 Kiste an Fr. Simin, am 9. ebenfalls 1 Kiste an Herrn Scheffel. Nach Warschau am 7. Dezember 3 Kisten an Herrn Ziegler. Nach Rostow a. D. am 8 Dezember 1 Kiste an Herrn Kamill. Nach Odessa 1 Kiste am 8. Dezember an Herrn Bakom.

Gez. Oberst Brestitky in Abwesenheit des Kreischefs.

Aus den Ostseeprovinzen.

Amtlichen Nachrichten aus Livland zufolge hat ein Teil der dortigen Bevölkerung, eingeschüchtert durch das energische Vorgehen der Truppen, die Waffen niedergelegt und die Führer ausgeliefert. Letztere werden erschossen. Ein anderer Teil der Bevölkerung flüchtete in die Wälder. Am 22. Januar wurden in Fellin 45 im kriegsgerichtlichen Verfahren zum Tode verurteilte Personen erschossen.

In Riga wurde am Dienstag im Zentrum der Stadt eine Patrouille mit Revolverschüssen angegriffen. Zwei Soldaten wurden verwundet. In der Moskauer Vorstadt wurde eine Polizeiabteilung, welche einen politischen Gefangenen mit sich führte, angegriffen. Der Angriff wurde jedoch zurückgeschlagen. Die Angreifer suchten das Weite.

Aus Mitau wird gemeldet: Aufständische aus Livland überschritten die Düna und gelangten nach Tomsdorf, wo sie die Kasse der Verwaltung beraubten und die amtlichen Schriftstücke verbrannten. Sie zerrissen ferner Bilder des Kaisers, die sie vorfanden und nahmen die Verwaltungsstempel mit sich.

Arbeiterbewegung.

In die passive Resistenz eingetreten sind in Triest am Dienstag sämtliche Rangierer und Verlader, zusammen 600 Mann. Der Grund dafür ist in der Entlassung von 13 Waggonrangierern, die die Entfernung eines mißliebigen Rangiermeisters gefordert hatten, zu suchen.

Erfolge des „Textilarbeiter." Gleich anderen Gewerkschaftsblättern hat in letzter Zeit „Der Textilarbeiter", das Organ des deutschen Textilarbeiterverbandes bezw. die Auflage eine außergewöhnliche Steigerung aufzuweisen. Die soeben erschienene Nr. 4 ist in einer Auflage von 75,000 Exemplaren gedruckt und verschickt worden. Da die Expedition des „Textilarbeiter" auch 9000 Exemplare der „Gleichheit" zum Versand bringt, so ergibt das 84,000 Blätter. Der Steigerung der Auflage des „Textilarbeiter" entsprechend, stieg auch die Mitgliederzahl des Verbandes. Das ist die treffendste Antwort der ausgebeuteten Textilarbeiter auf das brüske Verhalten der Textilbarone. Immer vorwärts!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 26. Januar.

Ein Trauerspiel der kalten Bosheit.

Der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung lag u. a. ein Antrag auf Unterstützung der Opfer der russischen Wirren und der deutschen Flüchtlinge zur Beratung vor. Diese Anträge sind entstanden im Anschluß an die allgemeinen Sammlungen, die zuerst für die Opfer der russischen Judenverfolgungen eingeleitet worden waren. Später fand man es populärer, ganz allgemein die Opfer der russischen Wirren zu unterstützen, damit der Sache die hebräische Farbe genommen würde. Doch nicht genug damit. Um jeder Gefahr einer Ablehnung vorzubeugen, entschlossen sich eine Reihe von liberalen Stadtverwaltungen, darunter auch die unserige, dieses Gesuch mit einem weiteren zu verkoppeln, das eine gleiche Summe den aus Rußland flüchtenden baltischen Junkern und Volksbedrückern zuwendet. 5000 Mark sollten nach dem Antrag des Magistrats die wirklichen Opfer, 5000 Mark die deutsch-russischen Flüchtlinge haben. Doch es kam anders. Zunächst erhob sich der Herr Realgymnasialdirektor Dr. Richter, um mit der Geistesenge eines echt pedantischen Schulmanns, die Spende für „volksfremde Russen, Tataren und dergleichen Völkerschaften" zu verweigern. Den Trumpf auf dieses Vorhaben aber setzte der klerikale Wasserchrist Dr. Körner, der unter dem Gruseln der Versammlung die Schauergeschichte erzählte, wie oft solche Gelder drüben im alten Moskau und im heiligen Petersburg zur Bombenfabrikation und zur Unterstützung unverbesserlicher Streikbrüder verwendet würden. Vergeblich verbürgte der oratorische Meister der Versammlung, Justizrat Heilberg, die wunschgemäße Verwendung, vergeblich appellierte er an die allgemeine Menschenliebe, die die Not bei Freund und Feinden heilt, die antisemitisch-konservative Kohorte blieb taub und brutal. Das veranlaßte unseren Genossen Schütz, den Herren vorzurechnen, daß seiner Ansicht nach die deutschen Junker in Rußland, die Stütze des zarischen Blutsystems eine Unterstützung nicht verdienten, wenn man teilen wolle, solle man nur die ersten 5000 Mk. für die Opfer der russischen Regierung geben und die anderen streichen. Das Geld werde schon richtig verwandt werden, wenn man nur acht gebe, daß es nicht in die Hände der russischen Regierung fällt. Einen letzten Versuch macht schließlich Herr Haber, der auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Breslau und Rußland hinwies, seine Berechnungen fruchteten ebenso wenig wie die Bitten des Bürgermeisters Muehl — die Christen stimmten geschlossen die erste Hälfte des Antrags nieder. Mit 31 gegen 28 Stimmen wurde den Russen die Unterstützung verweigert, den baltischen Junkern das Geld gewährt, denn

was ihr getan habt dem geringsten unter meinen Brüdern, das habt ihr mir getan!

Erbittert und tiefverletzt zog die liberale Schar nach dieser Niederlage aus dem Saale. Vielleicht haben sich die Intelligenteren, nachdem die erste Wut verraucht, einmal die Frage vorgelegt, wer diesen beschämenden Reinfall verschuldet. Rein parlamentarisch betrachtet, war es wieder die gewohnte Schlafmützigkeit des liberalen Spießers, der vorzeitig zu seinem Schoppen eilte, und so eine konservative Mehrheit im Saal zurückließ.

Die moralische Begründung zu der Judenhatz — denn das ist der eigentliche Sinn der Ablehnung — aber lieferte der Freisinn selbst. Dieselbe schwächliche Begründung, die einst Herr Heilberg zur Ablehnung der 5000 Mark für die Ruhrbergleute geltend machte, konnten heute die Herren Richter und Körner als ausschlaggebend anführen. Das ständige Zurückweichen vor der Reaktion schlägt dem Liberalismus die Waffen aus der Hand und wie mit Blitzlicht beleuchtete die gestrige Situation, welchen Vorteil speziell das Judentum von dem Abmarsch des Liberalismus nach rechts davonträgt! Konservative Fußtritte!

* **Der Tropenkoller auf Urlaub.** Der Reiter in der Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika, Gustav Schiller, befand sich im August vorigen Jahres auf Urlaub in Lampersdorf, Kreis Reichenbach i. Schl. Am 6. August kehrte er aus dem Nachbarorte Weigelsdorf früh 4 Uhr angetrunken heim. In der Alkoholstimmung suchte er Streit mit ruhig des Weges gehenden Zivilisten, den Webern Scholz und Herzog. Weil diese ihn nicht grüßten, wollte er ihnen den nötigen Respekt vor einem Afrikakrieger beibringen: Ich werde Euch lernen, einen Afrikakrieger grüßen, rief er den beiden zu, „Ihr Lumpen" und drohte mit Prügel. Als die Passanten sich Beleidigungen verbaten, zog der Mann sein Seitengewehr und hieb Scholz über Arm und Hand, Herzog ins Gesicht, so daß er vierzehn Tage lang ein blaues Auge hatte. Den Gendarm, der ihn verhaften wollte, beleidigte er und riß aus. Der Held ist von der Schutztruppe entlassen. Aus Habendorf, Kreis Reichenbach gebürtig, befindet er sich jetzt als Bergmann in Gottesberg. Er war am 25. Januar als Referent des Bezirks-Kommandos Striegau vor dem Breslauer Kriegsgericht der gefährlichen Körperverletzung unter rechtswidrigem Waffengebrauch, Gehorsamsverweigerung und Achtungsverletzung angeklagt. Der Anklagevertreter führte aus: Die im Größenwahn begangene rohe Tat verlange hohe Strafe, der Angeklagte mußte sich sagen, daß er nicht mehr in Afrika, sondern unter zivilisierten Menschen sei. Er beantrage fünf Monate und zwei Wochen Gefängnis. Der Angeklagte beantragte Freisprechung, er habe April und Mai 1905 in Swakopmund an schwerem Typhus krank gelegen und sei wegen Geistesstörung entlassen. Er habe nicht gewußt, was er tat. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Zentralverband der Schmiede.** Der geplante Maskenball am 17. Februar d. J. im Saale der „Wilhelmsburg", Neudorfstraße, findet nicht statt, weil die Arbeiterschaft zur Beratung ihrer Interessen in großen Versammlungen auch nur allein auf das Gewerkschaftshaus angewiesen ist.

Die Ortsverwaltung.
J. A.: A. Peukert.

Neueste Nachrichten.

Die Kerls kriegen Diäten.

Die Gewährung von Anwesenheitsgeldern für die Reichstagsabgeordneten soll nach einer der „Nationalztg." aus parlamentarischen Kreisen zugegangenen Mitteilung neuerdings in Aussicht stehen.

Die Wahl in England.

Bisher waren gewählt: 342 Liberale, 41 Arbeiterparteiler, 140 Unionisten, 81 Nationalisten. Die Liberalen gewannen bisher 174, die Arbeiterpartei 32, die Unionisten 10, die Nationalisten 2 Sitze. Die liberale Partei hat hiernach eine Majorität von 80 Stimmen über die anderen Parteien.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

25. u. 26. Januar.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	— 5,8	— 5,0	— 6,0
Luftdruck bei 0° (mm)	752,0	747,8	744,5
Dunstdruck (mm)	2,1	2,4	2,0
Dunstsättigung (pCt.)	72	76	69
Wind (0—12)	SO 3	SO 4	SW 1
Wetter	heiter.	heiter.	wolkig.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 27. Januar:

Tapezierer-Verband. Gebirgsfest im großen Saal.
Zimmerer. Jeden Sonnabend Zahlabend.
Buchbinder. General-Versammlung. Zimmer Nr. 2.

Sonntag, den 28. Januar:

Steinarbeiter-Verband. Vorm. 10—12 Uhr: Kassentag.
Freie Turnerschaft. Nachm. 6 Uhr. Versammlung. Zimmer Nr. 2. Vortrag des Redakteurs Albert.

Dienstag, den 30. Januar:
Zahlstellenkasse. Vereinsabend. Abends 7 Uhr. Zimmer Nr. 1.
Donnerstag, den 1. Februar:
Maler, Lackierer und Anstreicher. Abends 8 Uhr: General-Versammlung im großen Saale.
Krankenkasse der Steinmetzen. Abends 7½ Uhr. General-Versammlung. Zimmer Nr. 2
Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung. Neuwahl des Vorstandes. Zimmer Nr. 3 u. 4.
Sonnabend, den 3. Februar:
Tapezierer-Krankenkasse (Hamburg). Zahlabend parterre links.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Ohlauer Tor.

Von dem früheren Bezirk 70 (jetzt 2 und 7) werden die Mitglieder ersucht, Freitag, den 26. d. Mts., von 6 Uhr ab vollzählig zu erscheinen. Klosterstraße von 57—141 und 50—148, Lützowstraße, Marthastraße, Brüderstraße und Paradiesstraße.
Der Bezirksführer.

Distrikt I (Gräbschener Vorstadt).
Bezirke 5 u. 7. Sonnabend, den 27. Januar: Vereinsabend.

Bezirk 120 (Gräbschen). Sonntag nachmittags 4 Uhr: Zahltag bei Ruprecht. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Distrikt VIII (Strehlener und Schweidnitzer Vorstadt).
Bezirk 83. Sonntag, den 28. Januar, Abends 6 Uhr: Familienabend.

Distrikt X u. XI (Sandvor).
Sonnabend, den 27. d. Mts.: Zusammenkunft aller Bezirksführer, Kartentausch und Markenausgabe. Es ist selbstverständliche Pflicht eines Jeden, zur Stelle zu sein. Die Distriktsführer.

Distrikt XI.
Sonntag, den 28. Januar, früh 7½ Uhr: Volkswacht-Agitation. Die Genossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Distriktsführer.

Rosenthal. **Bauarbeiter.** Die Mitgliedsbücher des Bezirks Rosenthal sind Sonntag den 28. Januar, Vormittags 9 Uhr, im Bezirkslokal in Empfang zu nehmen.
Der Bezirkskassierer.

Baumgarten bei Ohlau. **Zentral-Verband der baugewerblichen Hilfs- und Erdarbeiter.** Sonntag, den 28. Januar, Nachmittags 3 Uhr: General-Versammlung im Gasthof zum grünen Baum in Baumgarten. Tagesordnung: Berichterstattung von der Breslauer Gaukonferenz, Abrechnung vom 4. Quartal 1905 und Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. Der Vorstand.

Bunzlau. **Gewerkschafts-Kartell.** Mittwoch den 31sten Januar, Abends 8 Uhr: Lichtbilder-Vortrag des Herrn Laube-Leipzig. Thema: Frühlingstage in Sizilien und Süd-Italien. Preis für Organisierte 20 Pf., Nichtorganisierte 40 Pf.

Waldenburg. **Schmiede-Verband.** Sonntag den 28. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Versammlung im Gasthaus „zum goldenen Stern", Gottesbergerstraße. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Der Vorstand.

Häslicht. **Sozialdemokratischer Verein für Häslicht und Umgegend.** Sonntag, den 28. d. M., Nachmittags 3 Uhr, Beitragserhebung bei Genossen Robert Jakob. Es ist Pflicht, daß jeder Genosse erscheint.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubriken: „Aus Schlesien und Posen", das Feuilleton und „Aus aller Welt": **Robert Albert**; — für alles Uebrige, mit Ausnahme der „Neuen Welt": **Franz Krüger**. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von **Oskar Schütz**; — Druck von **Th. Schatzky G. m. b. H.** — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau.
Hierzu 1 Beilage.

Stadt-Theater.
Freitag: Zur Vorfeier d. Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers bei festlich erleuchtetem Hause: „Lohengrin."
Sonnabend: Zur Feier des 150. Geburtstag v. W. A. Mozarts: „Don Juan."
Sonntag nachmittag ½6 Uhr: „Rübezahl der Geist der Berge."
Abends 7½ Uhr: „Barfüßele."

Lobe-Theater.
Freitag: „Elektra." Hierauf: „Elga."
Sonnabend: „Die Geisha."
Sonntag nachmittag 3½ Uhr: „Die Niedermaus."
Abends 7½ Uhr: „Die Geisha."

Thalia-Theater.
Sonnabend: Humboldt-Verein. Volks-Vorstellung. „Großstadtluft."
Sonntag Abend 7½ Uhr: „Zapfenstreich."

Liebich's Etablissement
Telephon 1646.
Nur noch 5 Abende 5:
Robert Steidl
Max Marx
und das das brillante Januar-Programm.
Anfang 7½ Uhr.
Der moderne Romantiker **Danny Gürtler** kommt!

Victoria-Theater
(Zimmermanns Garten).
Hartstein
Neuester Schlager: **Das tolle Haus.**
Burleske von Wilh. Hartstein.
Der Gipfel der Situations-Komik
sowie die **Neuen Spezialitäten!**
Bons Wochentags gültig.

2 Töpfer
auf Scheibe sucht sofort **C. Klecksche Töpferei Parchwitz** i. Schlesien. 229

Geld zahle **sofort** beim **Verkauf** von gebrauchten **Möbeln.** Kaufe ganze **Wohnungseinrichtungen, Kinderwagen** u. a.
Gartenstr. 36, Wahler. 235

G. Knauerhase Nachfolger
Oskar Dehmel
Neumarkt 45, keine Bude

Achtung! Frauen
der Parteigenossen!
Schweinefleisch 80 u. 85
Kalbfleisch 80
Rindfleisch 80
239 **Max Kastner's**
Fleisch- u. Wurstgeschäft, Kinderfenstr. 12 14.

Kanarien-Hähne und -Weibchen

werden Sonntag und Montag, den 28. u. 29. Januar gekauft im **Hotel „Blauer Hirsch".** Ohlauerstraße.
241 F. Westkämper.

Alt Metall
Messing, Zinn, Kupfer kauft zu guten Preisen 244
Müller, Universitätsplatz 19.
Anzutreffen: 12—2 Mittags.

Moltkestr. 15, 2. Etage.

Moltkestr. 15, 2. Etage.
Moltkestrasse 15, 2. Etage.

Trauerhüte
in grösster Auswahl zu billigen, festen Preisen.
M. Tichauer 237
Reuschestrasse 17, parterre und I. Etage.

A. Franz Nachf. H. Wiersing.
Altes und grösstes Spezialhaus für
Theater- u. Masken-Kostüm-Verleihung
Messergasse 1, am Neumarkt.
Grösste Auswahl in **historischen, Festzugs- u. Quadrillen-Kostümen. Sämtliche Neuanfertigung** prompt und billigst.
Theaterbühne leihweise zur Verfügung.
Telephon 7996. Gegründet 1872.
Auch die grössten Festarrangements übernimmt und stattet mit
2311 Kostümen vom **eigenen** Lager aus D. O.

Rossschlächterei
31 Gräbschenerstraße 31
Inhaber: **Bruno Leschnitz**
empfiehlt täglich **fettes, junges Fleisch** sowie sämtliche **ff. Fleisch- und Wurstwaren** zu billigen Preisen. [240

Gewerkschaftshaus Margaretenstrasse 17.
Sonnabend, den 27. Januar 1906:
Ein Tag im Riesen-Gebirge Gr. phantastische Gebirgs-Szenerie
Arrangiert vom Verband der Tapezierer (Filiale Breslau). 235
Anfang 8 Uhr. Entree Herr mit Dame 75 Pf., einzelne Dame 40 Pf. **Ende???**
Es ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

H.- u. D.-Masken verleiht **Kühnöhl,** Berl. Chaussee 99. [227]

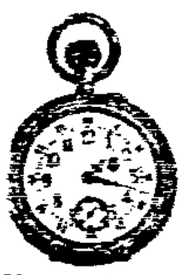
Schuh-Ausverkauf
durch Feuer beschädigte.
P. Posener
Gr. Scheitnigerstr. 19.
232

Vorläufige Geschäftsanzeige!
An die geehrten Einwohner von **Hinter-Fellhammer** und **Fellhammer-Grenze** die ergebene Anzeige, daß ich nach beendetem Umbau im Hause des Herrn **Flögel Anfang Februar** ein
Spezial-Geschäft
für
Kolonial- u. Emaillewaren, Tabak u. Zigarren
eröffne.
Mein Bestreben wird es sein, bei allerbilligsten Preisen nur gute einwandfreie Ware zu liefern und bitte ich das geschätzte Publikum, mich in meinem neuen Unternehmen gütigst zu unterstützen. 92
Hochachtungsvoll
Reinhold Schiller, Fellhammer.

233

Friedland, Kr. Waldenburg.
Gasthof zu den Fürstentümern.
Sonnabend, den 27. Januar:
Schweinschlachten. — Bockbierfest.
Großer humoristischer Gesangs- und Vortragsabend, ausgeführt von der beliebten Volkssänger-Familie **Fiedler aus Braunau in Böhmen (5 Personen).**
Zum Vortrag gelangen die neuesten und populärsten Sachen in Kostümen. Anfang 7 Uhr. Entree à Person 30 Pfg.
Sonntag:
Bockbier-Ausschank. Wurstabendbrot.
Um gütigen Zuspruch bitten 225
Gustav Neumann und Frau.

A. Schumm's Brennerei
Scheitnigerstrasse No. 20, Ecke Hirschstrasse
Inhaber: **W. Hänel**
empfiehlt seine Lokalitäten einer geneigten Beachtung. 57
Ausschank Haase'scher Biere
und besten alten Getreidekorns
eigenen Fabrikats; in Demions von 5 u. 10 Liter frei Haus.

Gute, billige Uhren, 95
unter mehrjähriger Garantie,
Gold- und Silberwaren,

Herren-Uhren v. 3 Mk. an
Silb. Herren- u. Damen-Uhren v. 6 Mk. an
Goldene Damen-Uhren v. 12 Mk. an
Regulatoren v. 7 Mk. an
Wanduhren und Wecker v. 2 Mk. an
Goldene Herren-Uhren billigst.
Trauringe und Ketten in verschied. Gold.
Musikwerke.
Reparaturen werden in meiner Spezial-Werkstatt sauber und billig ausgeführt.
R. Leitloff, Uhrmacher, Nikolaistr. Nr. 41.

Allen sparsamen Hausfrauen
empfehle ich meine auf Reinheit geprüften, sorgfältig zusammengestellten Spezialitäten in
Röst-Kaffees, Pfd. 80, 90, 100, 110, 120, 130, 160–180 Pf.

best Malz-Kaffee	Pfd. 25 Pf.	türk Pflaumen	Pfd. 20 Pf.
präp. Getr.-Kaffee	Pfd. 12 Pf.	gr Victoria-Erbsen	Pfd. 12 Pf.
weiss Farin	Pfd. 17 Pf.	halbe Erbsen	Pfd. 13 Pf.
Würfel-Zucker	Pfd. 22 Pf.	reine gutkochende Linsen	Pfd. 17 Pf.
Weizen-Mehl 000	Pfd. 13 Pf.		
10	Pfd. 1.25 Pf.	Pa. Kartoffelmehl	Pfd. 12 Pf.
Schweine-Schmalz	Pfd. 57 Pf.	Brennspiritus	Liter 27 Pf.
best Pflaumen-Mus	Pfd. 19 Pf.	best. Petroleum	Liter 16 Pf.

sowie sämtliche **Kolonialwaren** in bekannter Qualität, zu stets **billigsten Preisen.**
Kaffee-Rösterei mit Dampf- und Erhauftorenbetrieb
Benno Neumann, Breslau.
Zentrale: **Friedrich-Wilhelmstraße 32.**
Filiale I: **Friedrich-Wilhelmstraße 84.**
„ II: **Goldene Radgasse 1.**
„ III: **Pöpelwitzstraße 35** (neu eröffnet).
„ IV: **Berliner Chaussee 139.** 181

Beilage zu Nr. 22 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 27. Januar 1906.

Achtung!
Parteigenossen in den Landgemeinden!

Nach § 56 der Landgemeinde-Ordnung hat die Auslegung der Wählerlisten zu den im März stattfindenden Gemeinderatswahlen

nur noch bis Dienstag

zu erfolgen. Die Genossen haben die Verpflichtung, Freunde und Gesinnungsgenossen auf die Auslegung der Wählerlisten aufmerksam zu machen, und gegebenenfalls das Einsehen in die Wählerliste für sich und andere mit zu übernehmen.

Die Auslegung erfolgt in der Wohnung des Gemeinde-Vorstehers, im Gemeindehause oder an einem rechtzeitig bekannt zu machenden Orte. Der Gemeinde-Vorsteher ist verpflichtet, das Nachsehen zu gestatten oder selbst zu übernehmen.

Im Landkreise Breslau finden Ersatzwahlen statt in den Gemeinden Althofnaß, Cattern geistlich und weltlich, Cawallen-Friedewalde, Clarencranst, Domslau, Klein-Gandau, Gnichwitz, Goldschmieden, Gräbschen, Hartlieb, Herrnprotsch, Klettendorf, Koberwitz, Kottwitz, Krietern, Krolkwitz, Malkwitz, Margoreth, Marienkranst, Mels'awitz, Groß- u. Klein-Mochbern, Groß- u. Klein-Pöpelwitz, Pöpelwitz, Neukirch, Ottaschin, Oswitz, Pohlanowitz, Protsch-Weide, Ransern, Rosenthal, Rothsürben, Schmolz, Schönborn, Schönbankwitz, Schosnitz, Schwoitsch, Stabelwitz, Steine, Strachwitz, Tinz, Groß- u. Klein-Tschansch, Tschechnitz, Wanaern, Weidenhof, Welawitz, Wiltschau, Wirrwitz, Woigwitz, Woischwitz, Wüstendorf und Zindel.

Die Vorbedingung zur Wahlberechtigung ist die Einsichtnahme in die Wählerlisten. Wer in diesen nicht eingetragen ist, darf nicht wählen.

Wahlberechtigt

ist nach § 41 der Gemeinde-Ordnung jeder Gemeindeangehörige, welcher 24 Jahre alt ist, und

1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist (er braucht also nicht Preuße zu sein);
2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt;
3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirke seinen Wohnsitz hat;
4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt;
5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben bezahlt hat, und außerdem
6. entweder
   a) ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirke besitzt, oder
   b) von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirks gelegenen Grundbesitze einen Jahresbeitrag von mindestens drei Mark an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder
   c) zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist, oder
   d) zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahres-Einkommen von mehr als 660 Mark herangezogen wird.

Das Nachsehen in den Listen kann von einer Person für mehrere besorgt werden.

Durch ortsübliche Bekanntmachung, entweder durch Aushang, oder durch Ausklingeln wird den Wählern das Ausliegen der Listen bekannt gegeben.

Arbeiter, Parteigenossen, sichert Euch durch Einsichtnahme in die Listen Euer Wahlrecht!

Nachklänge zum roten Sonntag.

Die polizeilichen Maßnahmen zum 21. Januar werden das Stadtverordneten-Kollegium in Halle beschäftigen. Oberbürgermeister Staudy wird am kommenden Montag folgende Interpellation unserer Genossen beantworten:

„Ist dem Magistrat bekannt, welche Unterbindung des freien Straßenverkehrs durch die polizeilichen Maßnahmen am letzten Sonntage bewirkt worden ist und daß das Verhalten der Polizei geeignet war, einen gewaltsamen Zusammenstoß herbeizuführen? Gedenkt der Magistrat Vorkehrungen zu treffen, daß derartige Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch die Polizei in Zukunft unmöglich gemacht werden?“

* * *

Das praktische Resultat der Demonstrations-Versammlungen in Frankfurt am Main war dies: 200 neue Abonnenten für die „Volksstimme“, über 300 neue Mitglieder für den sozialdemokratischen Verein und 780 Mark für die russischen Brüder. Aehnlich erfreuliche Resultate werden auch aus sämtlichen Landorten des Frankfurter Agitationsbezirks gemeldet.

Die Frankfurter Polizei hatte über 100 kriminell, nicht politisch, verdächtige Personen am Sonnabend Abend inhaftiert und während des ganzen Sonntags in Haft behalten. Sie brauchte natürlich ihre ganzen Mannschaften zur „Bewachung“ der Arbeiter, und „mußte“, genau wie die Hamburger Behörde, die wirklich gefährlichen Gegenden von Schutzleuten entblößen. Sie half sich, indem sie den „Mob“, soweit sie seiner habhaft werden konnte, einfach — einlochte! Wir bezweifeln sehr, daß dies Vorgehen gesetzlich zulässig ist. Mochte die Polizei doch die Wahlrechtsversammlungen mit ihrem unerbetenen Besuche verschonen — dann hätte sie mehr als genug Mannschaften zur Bewachung der Kaschemmen und Spelunken zur Verfügung gehabt!

* * *

Und Mittweida steht noch! In Mittweida in Sachsen hat die Polizei am Sonntag in sehr gefährlicher Weise mit dem Feuer gespielt. Sie hat nämlich die einberufene Wahlrechtsversammlung — gestattet. Das Referat hatte Genosse Bartels-Leipzig. Die Versammlung, die von etwa einem Dutzend Gendarmen überwacht war, nahm einen durchaus friedlichen und geordneten Verlauf.

Uebrigens war auch in Frankenberg die Versammlung nicht verboten worden. Hier konnte aber leider die Versammlung nicht stattfinden, weil der Referent nicht erschienen war. Er hatte wohl auch angenommen, daß die Versammlung verboten werden würde.

Deutscher Reichstag.

28. Sitzung. Donnerstag, den 25. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Staatssekretär Graf Posadowsky.

Die Einstellung eines Privatklageverfahrens wegen Beleidigung gegen den Abg. Legien (Soz.) wird ohne Debatte beschlossen. Die Gesetzentwürfe betr. die Statistik des Warenverkehrs und die Wertbestimmung der Einfuhrscheine im Zollverkehr werden nach einer kurzen Debatte zwischen dem Abg. Osel (Zentr.) und dem Unterstaatssekretär Wermuth über die statistischen Gebühren nach Deutschland zu Ausstellungszwecken eingeführter Kunstgegenstände in dritter Lesung angenommen.

Hierauf wird die erste Lesung der Maß- und Gewichtsordnung fortgesetzt.

Abg. Dr. Haerwinkel (natlb.) tritt für die Belassung des Eichrechts bei den Gemeinden ein. Eine schärfere Kontrolle wäre auch auf anderem Wege zu erreichen gewesen. Durchschlagend war für die Regierung nicht der verwaltungstechnische, sondern der finanzielle Gesichtspunkt. (Sehr wahr! links.) Dem Abg Stolle muß ich ganz entschieden bestreiten, daß die Textilfabrikanten das Garn absichtlich zu ungunsten der Arbeiter falsch abmessen. Die Eichung der Kohlenförderwagen halte ich für praktisch undurchführbar. Im übrigen stimmen wir der Ueberweisung des Entwurfes an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Mertin (frs. Vp): Einige kleinere Wünsche, die wir zu dem Gesetz haben, betreffen die Aufnahme einheitlicher Abkürzungen, für die amtlichen Maß-Bezeichnungen in das Gesetz und die reichsrechtliche Regelung der in den Apotheken verwendeten Meßgeräte. Die schwersten Bedenken ruft der § 16 des Entwurfs hervor, der den Gemeinden das Eichrecht nimmt. So soll wieder ein Stück der Selbstverwaltung beseitigt werden. Das hätte man dem preußischen Landtage, aber nicht dem Reichstage zumuten können. Finanziell werden durch diesen Ausfall die Städte zu einer Steuererhöhung und zur Vernachlässigung der notwendigsten Kulturaufgaben gezwungen sein. Will man etwa behaupten, daß die Eichung durch Staatsbehörden sorgfältiger vorgenommen werden wird, als durch Gemeindebeamte? (Geheimrat v. Jonquieres nickt zustimmend.) Wir hoffen, daß an diesem § 16 dies Gesetz nicht scheitert, sondern daß es in der Kommission gelingt, ihn zu beseitigen. (Bravo! links.)

Abg. Pachnicke (freis. Vg.) anerkennt die erheblichen technischen Vorteile, die das Gesetz mit sich bringt, und ist deshalb event. auch für die Verstaatlichung, wenn der Staat genügend Eichämter einrichten wolle. Er tritt insbesondere für eine Revision der Viehwagen ein, da die Schlächter über Uebervorteilungen klagen.

Abg. Osel (Zentrum) fordert Garantien für die Aufrechterhaltung des bayerischen Reservatrechts auf dem Gebiet der Maß- und Gewichtsfestsetzung und tritt für die Eichung der Förderwagen im Bergbau ein.

Abg. Raab (Ant.) spricht seine besondere Freude darüber aus, daß die Vorschläge der vorjährigen Reichstagskommission in dem neuen Entwurf berücksichtigt worden sind. Auf das Privileg der Eichämter hätten die Städte kein Anrecht, doch könnte man milde Uebergangsbestimmungen treffen, damit nicht den Städten blutige Wunden geschlagen werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die erste Eichung verschafft den Gemeinden große Ueberschüsse, durch die im Verkehrsinteresse dringend notwendige Nacheichung entstehen den Einzelstaaten ganz erhebliche Lasten. Das ist ungerecht. Künftig sollen die Einnahmen aus der ersten Eichung den Organen zukommen, welche die ungeheuren Kosten des zweiten Verfahrens zu tragen haben. Auch die Durchführung des Grundsatzes, daß die Gebühren nur die Selbstkosten decken sollen, kann weder vom Reich noch von den Gemeinden, sondern nur von den Einzelstaaten garantiert werden. Die Frage milder Uebergangsbestimmungen lasse ich dabei vollkommen offen. (Bravo! rechts.)

Abg. Stolle (Sozialdemokrat):

Nachdem das Dreiklassenparlament die geringen Vorteile, die die Regierungsnovelle zum Berggesetz den Bergarbeitern brachte, ihnen genommen hat, müssen wir unbedingt auf der Eichung der Förderwagen bestehen. Technische Schwierigkeiten bietet sie keineswegs, ebenso wenig wie die bis jetzt leider nur zu einem geringen Teil durchgeführte Eichung der Meßgeräte in der Textilindustrie. Auch bei Aufrechterhaltung der kommunalen Eichungsämter lassen sich die Kosten mit einigem guten Willen gleichmäßig über das Reich verteilen. Wenn die von uns vorgeschlagenen Aenderungen nicht in die Vorlage aufgenommen werden, müssen wir das ganze Gesetz ablehnen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Fuß (Zentrum) tritt im Interesse der Stadt Konstanz für die Beibehaltung der kommunalen Eichungsämter ein.

Abg. Hoffmeister (Frs. Vp.) hält die Gemeinden gleichfalls für die geeigneten Träger der Verwaltung dieser Aemter. Nicht aus finanziellen Gründen hielten sie an ihnen fest, sondern im Interesse der Gewerbetreibenden.

Nachdem noch der Abg. Dasbach (Zentr.) sich im Sinne der beiden Vorredner ausgesprochen hat, wird die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie. Nach der Vorlage soll der Schutz an einem Werke der bildenden Kunst 30 Jahre nach dem Tode des Urhebers, an einem Werke der Photographie 15 Jahre nach dem Tode des Urhebers aufhören. Bildnisse sollen nur mit Einwilligung des Abgebildeten verbreitet oder öffentlich zur Schau gestellt werden dürfen.

Abg. Dahlem (Zentr.) begrüßt die Vorlage als die Erfüllung der Interessentenwünsche, bedauert aber, daß nicht gleichzeitig auch das Verlagsrecht neugeregelt worden sei.

Abg. Dietz (Sozialdemokrat)

bedauert gleichfalls, daß das Verlagsrecht der bildenden Künste in dem Entwurf nicht geordnet ist. Die meisten Künstler versäumten es, Verträge mit den Verlegern über das Reproduktionsrecht abzuschließen, teils aus Mangel an Geschäftskenntnis, teils aus Not und teils aus Mangel an einer ordentlichen Berufsorganisation. Denn die gewöhnlichen Künstlervereinigungen sehen ihre Hauptaufgabe in Abhaltung von Festen, und die Masse läuft mit Knurren und Murren dem Leitbammel nach. Wie der akademische Schutzverein für die Universitäts-Professoren beim Buchhändler-Börsenverein günstige Bedingungen durchgesetzt habe, so könnten auch die Künstler durch vernünftige Verträge sich ihre Rechte wahren. — Der Entwurf ist im großen und ganzen eine recht tüchtige Arbeit, die man anerkennen kann. Die Ausstellungen, die zu machen sind, betreffen nur Einzelheiten. So z. B., daß gewisse gewerbliche Erzeugnisse künftig zugleich Urheberschutz und und Musterschutz genießen werden, daß die Reproduktion von Kunstwerken nicht in jedem einzelnen Falle von der Zustimmung der Künstler abhängig gemacht worden ist, daß künstlerische Beiträge in den Zeitschriften nur ein Jahr lang Urheberschutz genießen sollen usw. Mit der Beratung der Vorlage in einer Kommission von 21 Mitgliedern sind wir einverstanden. (Bravo! bei den Soz.)

Aus aller Welt.

Deutsche Bundesstaaten nach der letzten Volkszählung. Soweit die Ergebnisse der letzten Volkszählung bis jetzt bekannt geworden sind, zählte das Königreich Bayern am 1. Dezember vorigen Jahres: 6,512,824 Einwohner, d. h. 5,5 Prozent mehr als an dem gleichen Tage des Jahres 1900. Die Einwohnerzahl des Königreichs Sachsen belief sich am letzten Zähltage auf 4,501,853 Einwohner, was einen Zuwachs um 6,66 Prozent gegen 1900 bedeutet, im Königreich Württemberg wurden diesmal 2,300,330 Einwohner oder 6 Prozent mehr als 1900 gezählt, im Großherzogtum Baden 2,009,032 oder 7,5 Prozent mehr als vor 5 Jahren, im Großherzogtum Hessen 1,210,719 oder 8,1 Prozent mehr, im Großherzogtum Oldenburg 438,195 oder 9,9 Prozent mehr.

Der erste Simplonzug fuhr am Donnerstag früh 8 Uhr 15 Min. von Brig ab und erreichte 9 Uhr 33 Min. die Südstation Iselle, begrüßt von Hochrufen der Menge und von Böllerschüssen. Der Zug bestand aus der Lokomotive und vier Wagen. Die Fahrt vollzog sich ohne Zwischenfall bei angenehmen Temperatur-Verhältnissen.

Von einer Lawine verschüttet wurden, wie aus Bozen gemeldet wird, auf dem Staller Sattel in den Antholzer Alpen fünf Touristen. Einer von ihnen, ein Münchener Maler, ist mehrfach verletzt, die anderen wurden unverletzt gerettet.

Arbeiterrisiko. Durch das Umkippen glühender Gießmassen wurde, wie aus Düsseldorf gemeldet wird, auf dem Oberbilker Stahlwerk ein Vorarbeiter tödlich, ein Meister und ein Arbeiter schwer verletzt.

Ein Anhänger der Maifeier scheint der Kaufmann Arndt in Hamburg gewesen zu sein. Er vermachte dem Magistrat 1000 Mark, der in jedem Jahre am 1. Mai an zehn bedürftige Familien die Zinsen verteilen soll. Die Stadtverordneten sollen am Sonnabend ihre Zustimmung zur Annahme des Vermächtnisses geben.

Ein Kampf mit Tigerschlangen. Die „Pfälz. Presse“ weiß folgende Geschichte zu erzählen: Als am Sonnabend Mittag in Mannheim drei Knaben am Ufer des Industriehafens in der Nähe des städtischen Freibades spielten, wurden sie von zwei Schlangen angegriffen. Die Knaben hatten die Geistesgegenwart, auf die Schlangen, von denen sich eine bereits um den Sohn des Bäckers Werner geringelt hatte, mit Stöcken so lange einzuschlagen, bis sie tot zu Boden sanken. Es waren, wie sich herausstellte, Tigerschlangen von 2 und 3 Meter Länge. Die beiden Schlangen sind jedenfalls durch eine Holzladung aus Indien nach Mannheim gebracht worden, denn sie wurden von den Knaben auf einer Wiese in der Nähe der Holzlagerplätze aufgestöbert.

Daß mit Holz ausländische Schlangen nach Deutschland verschleppt werden, ist schon öfter beobachtet worden; daß aber um diese Jahreszeit sich derlei südländische Gäste im Freien noch so lebendig erhalten haben sollen, läßt die Richtigkeit der Meldung doch recht zweifelhaft erscheinen — oder es müßte in Mannheim bisher recht warm gewesen sein.

Zum Untergang der „Aquidaban“ liegen jetzt genauere Nachrichten vor, die jedoch keineswegs die Ursache des Aufliegens erkennen lassen. Selbst über den Zeitpunkt gehen die Angaben auseinander. Sie scheint kurz vor Mitternacht stattgefunden zu haben. Die meisten Leute schliefen bereits. Es blieb keine Zeit, die Boote herunterzulassen. Die Geretteten wurden sämtlich von Booten anderer Schiffe aufgefischt. Ein brasilischer Bericht sagt: „Der ganze Vorgang spielte sich so schnell ab, daß keiner der Ueberlebenden sich überhaupt etwas einprägen konnte. Die Mannschaften der anderen Schiffe im Hafen wußten lediglich, daß sie noch vor einem Augenblick die Umrisse der „Aquidaban“ gesehen hatten und daß alles an Bord in Ordnung zu sein schien. Dann kam ein lauter Knall, ein Teil des Schiffes schien von dem anderen weggerissen zu sein, und drei Minuten darauf später war das Schiff unter den Wogen verschwunden. Man hörte keinen Schrei von den Leuten, die an Bord des Schiffes waren, und wenig deutete auf das furchtbare Trauerspiel hin, das sich ereignet hatte.“ Die zu Hilfe gesandten Boote brachten erst genauere Nachricht über den Umfang des Unglücks. Nach einem Bericht des „Neuyork Herald“ war elektrischer Kurzschluß die Ursache. Es wurden nicht ganz 100 Leute der Mannschaft gerettet. Den Verunglückten wird ein nationales Begräbnis in der Hauptstadt gegeben werden. Am Dienstag liefen aus allen Ländern der Welt Beileids-Telegramme ein. Der Gesamtverlust an Menschenleben beläuft sich auf **212 Köpfe**.

Yankee. Zwei Deutungen, die als ziemlich gesucht bezeichnet werden müssen, gab es bisher für den Ursprung des Wortes. Nach der einen wurde aus Wort „English“ oder das französische „Anglais“ von den eingeborenen Indianern derartig entstellt, daß Yankee daraus entstand. Die andere Deutung, die von Thierry, leitet den Namen von Jankin, einem Kosenamen, wie John, ab, der den englischen Ansiedlern Connecticuts von den holländischen Ansiedlern von Newyork beigelegt wurde. Bedenkt man aber, daß damals Holländer und Engländer in fortwährender Feindschaft lebten, so muß es einleuchten, daß wenig Grund vorhanden war, einander mit Kosenamen zu schmeicheln. Einfacher scheint die folgende Lösung, die wir in der „Deutschen Wochenschrift für die Niederlande und Belgien“ finden: Die meisten holländischen Ansiedler, die damals in Amerika verschiedene Städte gründeten, wie z. B. Neuyork, das einst Neu-Amsterdam genannt wurde, kamen aus der Provinz Zeeland. Nun war und ist es noch jetzt in Zeeland gebräuchlich, sowohl Männern wie Frauen einen doppelten Vornamen zu geben. Mädchennamen wie Annemarie, Pietekoo (abg. von Petronella Jacoba), Anneboth (Anna Elisabeth) u. a., sind noch jetzt in Schwang. Aber auch bei Männern findet man solche Doppelnamen: Jonwillem, Hendrikjan. Der gebräuchlichste und am meisten vorkommende Namen ist Jankees, abgekürzt aus Johannes Cornelis. Es könnte nun in der Tat aus diesem Rufnamen zusammen mit der Vorliebe, die die Ansiedler auch später noch immer für das ursprüngliche Mutterland hegten, das Wort Yankee entstanden sein, das jetzt das ganze Volk bezeichnet.

Eine Familientragödie im Inseratenteil. Im Inseratenteil einer Berliner Zeitung finden wir in unmittelbarer Aufeinanderfolge die beiden geheimnisvollen, aber offenbar im Zusammenhang miteinander stehenden Verzweiflungsschreie:

Herr L . . .!
Mama, Egon furchtbar verzweifelt!
Wollen gern alles vergessen. Bitten
inständigst um briefliche Nachricht.
Malischi, Wien.
Rosa L.

Rosa, mein Kind, Dein Mann geht zu grunde. Ich muß meinen ungeheuren Schmerz zurückdrängen, wenn ich das Entsetzliche mit ansehen muß. Kehre zurück! Wir wollen Dich nur wieder; nie im Leben soll Dich ein vorwurfsvoller Blick treffen. An Deinem Leben hängt das meine, das Deines Mannes und Deines Kindes. Verzeihe auch Du alles. Mama.

Literatur.

„Unsere Haustiere.“ Von diesem prächtigen Lieferungswerke sind jetzt die Lieferungen, die 16—20. (Preis je 60 Pf.) erschienen. Das Werk, das nunmehr vollständig vorliegt, schildert in gemeinverständlicher, anregender, doch dabei wissenschaftlich gediegener Weise die Herkunft, die Lebensweise und Eigenart der einzelnen Haustiere, ihre Aufzucht, Pflege, Dressur usw. Besonders wertvoll ist es durch das vortreffliche Illustrationsmaterial, das zwölf farbige Tafeln und 653 Textbilder, durchweg Naturaufnahmen nach dem Leben, umfaßt. Das prächtige Werk, das seiner ganzen Anlage nach ein rechtes Volks- und Hausbuch zu werden bestimmt ist, kann allen Tierfreunden aufs beste empfohlen werden.

Abg. **Müller-Meiningen** (freis. Vp.): In dem Entwurf ist das Urheberrecht mit den Anforderungen einer guten Volkskunst in Einklang gebracht. Die Baukunst hat endlich den erweiterten Schutz gefunden, den sie durch ihren engen Zusammenhang mit der Bildhauerkunst verdient hat. Auch die Gleichstellung der angewandten Kunst mit der reinen Kunst ist ein erfreulicher Fortschritt. Wir müssen das deutsche Kunstwerk in seinem erfolgreichen Konkurrenzkampf gegen das Ausland möglichst energisch zu schützen. Auch gegen das Raubsystem, das in Amerika den deutschen Künstlern und Schriftstellern gegenüber üblich ist, sollten wir kräftig vorgehen. Ich begrüße das Gesetz als einen Ansporn zu weiteren Fortschritten in der deutschen Kunst und Kultur. (Bravo! links.)

Abg. **Lattmann** (Antis.) spricht seine Genugtuung über den Entwurf, insbesondere über den erhöhten Schutz der Architektur, aus. Bei den Einzelheiten dringt er insbesondere auf eine Verlängerung der Verjährungsfrist für Zuwiderhandlungen gegen das Urheberrecht.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Das geistige Eigentum ist ein moderner Begriff. Wenn es ihn zur Zeit der großen Meister der italienischen Renaissance schon gegeben hätte, hätten ihre Werke kaum einen so ungeheuer bildenden Einfluß auf das Kulturleben Italiens und der Welt ausgeübt. Aber ich erkenne an, daß man diese absolute Freiheit bei den heutigen Erwerbs- und Kulturverhältnissen nicht mehr gewähren kann. Nur sollte man nicht weiter gehen als die Vorlage, und namentlich auf dem Gebiet der Architektur nur die Nachbildung wirklich künstlerischer Schöpfungen verbieten. Die Frage des Rechts am eigenen Bilde ist in durchaus liberalem Sinne geregelt worden. Alle Personen aus dem Bereich der Zeitgeschichte, nicht nur der Politik, sondern des gesamten Kulturlebens können frei abgebildet werden. Auch die Karikatur fällt nicht unter das Gesetz. Leider ist die deutsche Karikatur vielfach eine Ueberkarikatur, die Darstellung so grob, daß der eigentliche Witz dadurch verloren geht. Der Witz sollte weniger in der absolut lächerlichen Darstellung der Person als in der Situation und in der Unterschrift liegen. Das Gesetz ist eine so feine und verwickelte Arbeit, daß man nur mit Hilfe der Motive überhaupt hindurchkommen kann. Wenn zum Beispiel eine Persönlichkeit, die im öffentlichen Leben steht, gegen eine unpassende oder beleidigende Darstellung Einspruch erhebt, die sie etwa als Paris in einem Urteil des Paris darstellt, so wird dieser Einspruch als berechtigt anerkannt werden müssen. — Befriedigende Verhältnisse mit Amerika auf diesem Gebiete zu schaffen, werden wir uns andauernd bemühen, aber wir haben mit diesem Staate noch soviele schwerwiegende Fragen zu erörtern, daß wir sehr froh wären, wenn wir nur sie in absehbarer Zeit befriedigend lösen könnten.

Abg. **Lucas** (natl.) äußert die Befürchtung, daß die internationale Rechtsprechung das neue deutsche Urheberrecht nicht genügend berücksichtigen werde.

Abg. **Henning** (kons.) begrüßt die Vorlage im Interesse der Baukunst.

Abg. **Tobe** (freis. Vp.): Das Recht am eigenen Bilde gehört eigentlich nicht in das Gesetz, denn kein Mensch ist der Urheber seines eigenen Aeußern. (Heiterkeit.) Wenn man den Fürsten Bülow in einer Karikatur als Paris darstellte (Heiterkeit), so sollte er sich das gefallen lassen. Möge das Gesetz einen guten Richterstand finden. (Beifall.)

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern. — Das Haus vertagt sich. — Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Meisterprüfung im Baugewerbe, Grenzberichtigung einiger Reichstagswahlkreise, Gesetze über den Unterstützungswohnsitz und die Hilfskassen.

Schluß 6¼ Uhr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Januar.

Der Wohnungsaufseher im Stadtparlament.

Zur Bekämpfung des Wohnungselends in Breslau ist vor etwa zwei Jahren ein Wohnungsausschuß als Unterausschuß der städtischen Gesundheitskommission gebildet worden, der sich jedoch von seiner geringen Wirksamkeit bald überzeugen mußte und deshalb jetzt die Anstellung eines beamteten Wohnungsaufsehers beantragt, der unter Mitwirkung des Wohnungsausschusses übelständige Wohnungen besichtigt, Abhilfemaßregeln vorschlägt und im Notfalle die Baupolizei zur Schließung gesundheitsgefährlicher Räume auffordert. Dieser Wohnungsaufseher ist natürlich den Herren Hausbesitzern ein Dorn im Auge und sie setzten es im Ausschuß IV und V der Stadtverordneten-Versammlung durch, daß die Magistratsvorlage abgelehnt wurde. Als Referent dieser Ausschüsse plaidierte gestern in der Stadtverordneten-Versammlung

Stadtv. **Zebulla** (kons.) für Ablehnung der Vorlage. Redner bestreitet zwar nicht, daß es in Breslau Wohnungselend gibt, aber dasselbe sei durch die bisherigen Maßnahmen schon herabgemindert, außerdem stehe ein neues Wohnungsgesetz sowie eine neue Baupolizei-Verordnung in Aussicht. Die Stadt könne mit ihren Wohnungsaufsehern warten, bis diese gesetzlichen Maßnahmen in Kraft sind. Im Namen der bürgerlichen Freiheit protestiert dann der Redner gegen das Recht der Beamten, die Wohnungen zu besichtigen. Von dieser Belästigung würde nicht nur die „untere", sondern auch die mittlere Bürgerschaft betroffen werden. Die Ausschüsse haben nicht anerkannt, daß die Wohnungsaufseher den modernen Verhältnissen entspricht, aber gerade der augenblickliche Zeitpunkt ist dazu ungeeignet. Da müsse erst eine bessere Begründung gegeben und nähere Mitteilungen über die Befugnisse des Aufsehers gemacht werden. Schließlich habe der Ausschuß auch der Ansicht der Sozialdemokraten zugestimmt, daß es mit einem Aufseher nicht getan sein würde. Aus allen diesen Gründen empfiehlt Redner die Ablehnung der Vorlage. (Starker Beifall bei den Konservativen-Konservativen.)

Stadtv. **Reisser** (sozialreform.) erkennt die Gründe des Vorredners zur Ablehnung der Vorlage als stichhaltig nicht an. Der Wohnungsinspektor ist eine dringliche Angelegenheit, die Kommune habe die Pflicht, dem Staat vorzugehen und seine Aktionen vorzubereiten, indem sie die technischen Beamten vorbildet, die auf Grund des höheren Gesetzes einmal gebraucht werden. Das Wohnen ist doch keine reine Privatangelegenheit. (Radau rechts.) Meine Herren, so gut wie reine Nahrungsmittel aus Gründen des Gemeinwohls untersucht werden, so gut muß gegen unreinliche, schmutzige, niedrige Wohnungen, die das Familienleben vernichten und den Mann in die Kneipe treiben, vorgegangen werden. Es ist traurig, daß man das hier noch sagen muß. Dann hat ja der Wohnungsaufseher nicht einmal Zwangsbefugnisse, er soll nur mit Rat und Tat zur Hand gehen. Redner schließt mit dem Hinweis, daß große Hausbesitzer-Organisationen sich für die Wohnungsinspektion ausgesprochen haben. Der reelle Hausbesitzer müsse froh sein, wenn gegen seine Schmutzkonkurrenz vorgegangen werde. (Bravo!)

Oberbürgermeister **Bender**: Die bisherige Kommission hat festgestellt, daß bei uns miserable Wohnungsverhältnisse vorhanden sind, das kann auch kein vernünftiger Mensch bestreiten. Wir müssen etwas tun, um diese Verhältnisse zu bessern und dann gibt es keinen besseren und billigeren Weg als den von uns vorgeschlagenen. Wie kann die Kommission als Grund anführen, daß nur ein Aufseher angestellt werden soll, dann müßte sie doch beantragen, daß sechs angestellt werden statt eines? Der Wohnungsaufseher stellt eine mildere Form der Aufsicht dar als die Baupolizei. Man spreche nicht von Eingriffen in das Privateigentum und vom Schutz der Heiligkeit der Wohnung, es handelt sich um den Mißbrauch des Eigentums, um ein Eindringen in schmutzige Wohnungen. Das ist eine öffentliche Angelegenheit und wenn der Wohnungsaufseher nicht in die Wohnung kommt, dann wird die Baupolizei kommen, die selber zugreifen muß. Wenn sie das Bestehen eines Uebels anerkennen müssen, dann kann ich nicht verstehen, warum sie die Vorlage nicht annehmen wollen.

Stadtv. **Schütz** (Soz.): Die Ausschüsse haben sich erst eingehend mit dieser Frage beschäftigt und eine starke Minorität votierte in diesen für die Magistratsvorlage, aber die originellsten Ansichten traten dort zutage. Daß die Wohnungsverhältnisse bessere geworden sind, ist richtig, aber noch immer bestehen 50 Prozent sämtlicher Wohnungen in Breslau aus nur einem Zimmer. Im Ausschusse wurde ein Bild des hiesigen Wohnungselendes aufgerollt, wie man es sich schauerlicher gar nicht denken kann. Es wurden von der Wohnungskommission Häuser gefunden, in denen die Wohnräume jede Beschreibung spotten. Profitsüchtige Hauswirte hatten Keller und Bodenräume, für welche die Mieter aus Mangel an Hausrat keine Verwertung hatten, einfach als Wohnräume vermietet, und für diese Löcher nicht unerhebliche Mieten eingestrichen. Herr Ratsch trat im Ausschuß unbedingt und Herr Pohl bedingt für den Wohnungsaufseher ein. Wie erging es aber hauptsächlich dem Ersteren? Von seinen Klassengenossen wurde ihm gesagt, er verstehe, da er von seinen Renten lebe, nichts vom praktischen Leben, er sei als Partikulier diesem entrückt. Sie sehen an diesem Beispiel, wohin egoistische Interessenpolitik führt. Die Arbeiter sollen zu wenig Sorgfalt auf die Pflege der Wohnungen verwenden, wurde behauptet. Das mag hier und da zutreffen, dort wo Mann und Frau zur Arbeit gehen, oder wo die Heimindustrie ihre Stätte aufgeschlagen hat, dort wo Wohnung und Stube sich deckende Begriffe darstellen, finden hygienische Rücksichten nicht die nötige Berücksichtigung. Das ist verständlich.

Vor Ihnen liegt eine Broschüre, die in aller wünschenswerter Deutlichkeit Sie mit dem hiesigen Wohnungselend bekannt macht. Es besteht hier ein Mangel an gesunden kleinen Wohnungen. An mittleren und großen Wohnungen ist allerdings Ueberfluß vorhanden, auf diese aber kann der Proletarier aus Mangel an Mitteln nicht reflektieren. Daß durch die Wohnungsinspektion eine Belästigung der Mieter stattfinden wird, daß durch diese die Freiheit der Mieter beeinträchtigt wird, ist nichts anderes als eine Phrase, mit welcher egoistische persönliche Interessen der Hausbesitzer gedeckt werden sollen. Kein Proletarier wird solche eventuelle Kontrolle als Belästigung empfinden. Bei uns stellen sich sehr oft Besuche in Gestalt von sechs bis acht Polizei-Beamten ein, um Haussuchung zu halten, wenn Sie aber glauben, wir fühlen uns dadurch belästigt, so irren Sie sich. (Große Heiterkeit.)

Hier liegt ein Wohlfahrtsinteresse vor und da müssen persönliche Interessen zurücktreten. Es ist charakteristisch, daß bei allen Vorlagen, die angeblich den Hausbesitz belasten, oder den Hauswirten unangenehm sind, sich in Ihren Reihen eine Nervosität und eine Gereiztheit einstellt, Sie mit einer Lebhaftigkeit auftreten, die man sonst von Ihnen nicht gewöhnt ist. Die geplante Aufsicht wird zweifellos eine wohltuende Wirkung ausüben, sie ist notwendig und ich ersuche diejenigen Herren, die nicht den Ausschüssen angehört haben, für die Magistratsvorlage zu stimmen. (Beifall.)

Stadtrat Dr. **Kaffe**: Die Animosität gegen den Aufseher scheint daher zu rühren, weil man glaubt, er müsse der Polizei Schergendienste leisten. Das ist ein Irrtum. Redner führt die Stimmen aus Hausbesitzerkreisen an, die sich für Wohnungsinspektion erklären, ferner zählt er die 12 Städte auf, die Breslau mit dieser Einrichtung vorangegangen sind, darunter befinden sich Halle, Hamburg, Göttingen, Köln.

Stadtv. **Oertel** (parteilos: Hausbes.) erkennt an, daß die Wohnungsinspektion unter Umständen einen Fortschritt darstellen kann. Aber mit den Feinden des Privateigentums, wie Herr Schütz einer ist, wird das eingesessene Bürgertum niemals gemeinsame Sache machen. Herr Soll. Zebulla hat hier nicht als Hausbesitzer gesprochen, sondern als Referent der Ausschüsse IV und V. Die Hausbesitzer stehen der Sache nicht prinzipiell feindlich gegenüber, aber dasselbe wie der Schutz gegen verfälschte Nahrungsmittel ist der Schutz vor schlechten Wohnungen doch nicht. Die Denkschrift der Ortskrankenkassen, die hier vorgelegt worden ist, beruht deshalb bei der Angabe der leerstehenden Wohnungen nicht die letzte Zählung, sondern nur die unglückliche vom Jahre 1895. Augenblicklich stehen 7000 Wohnungen leer, darunter 5000 kleine, das sind genug daß jeder Einwohner eine seinen Bedürfnissen entsprechende Wohnung bekommen kann. Unter den Büchern der Enquete befindet sich eins — auf Seite 7 — wo die armen Einwohner auch noch einen Hund beherbergen. Dafür können sie sich eine bessere Wohnung mieten. Die Not der Armen hat jedenfalls ihre Quelle nicht in der schlechten Wohnung, sondern in allgemeinen wirtschaftlichen Ursachen, besonders in dem schlechten Verdienst. Und dieses Elend kann der Wohnungsaufseher nicht ändern, deshalb lehnt ihn Redner ab. (Beifall.)

Stadtv. **Simon** (liberal): Gegen schlechte Wohnungen kann nicht der Wohnungsinspektor helfen, sondern nur die Baupolizei, die liegen doch fast nur in den älteren Häusern der inneren Stadt, und der Aufseher müsse sich hier mit Denunziationen begnügen. Aber auch gegen schlecht gehaltene Wohnungen, in denen gewaschen und geheizt wird, kann so ein Wohnungsinspektor nicht viel machen. Er müßte ein Mann von außerordentlichem Taktgefühl sein, ich möchte jedenfalls nicht Wohnungsaufseher sein. (Beifall.) Aus finanziellen Gründen hat die Kommission die Möglichkeit erwogen, daß auf den ersten Wohnungsinspektor noch fünf andere folgen würden. Uebrigens hat Kollege Schütz der Ausschußsitzung beigewohnt, dort seine Wünsche nicht vertreten, sondern nur hier gesprochen. Redner ist für strikte Ablehnung der Vorlage. (Beifall rechts.)

Oberbürgermeister **Bender**: Ich höre aus allen diesen Reden nur das Nein! Wir werden auf die Finanzfrage, aufs Gesetz, Polizei, auf alles Mögliche verwiesen, aber unsere Vorlage wollen Sie ablehnen. Meine Herren, hier bestehen Uebelstände, es ist nötig und möglich, daß wir sie mindern können, da müssen wir doch eingreifen und der Wohnungsaufseher stellt eine mildere Form des Eingriffs dar als die Baupolizei. Mit der Einführung der Wohnungsinspektion haben in allen Städten die Eingriffe der Polizei sich vermindert, der Aufseher soll nicht denunzieren, er soll mit Rat zur Hand gehen in freundschaftlicher Weise. Wir können zwar die Armut nicht aufheben, aber wir können ihre Wirkungen abschwächen, indem wir der Bedürfnislosigkeit nach unten eine gewisse Grenze ziehen. Der Bürgermeister kommt hierbei auf die Wohnungsenquete des Herrn Bergmann zu sprechen, die — wie gewöhnlich — in harten Worten über die städtische Verwaltung herfalle. Aus dem Werke spreche nicht nur weder der böse Wille und die feindliche Gesinnung, nein, es werden auch in taschenspielerischer Weise dem Bürgermeister Wendt die Worte im Munde verdreht. Die Verwaltung ist garnicht mehr imstande, ohne Zeugen mit solchen Leuten zu verhandeln, bei den Arbeitern stand es mit den Verdrehungen ebenso. Herr Bergmann, der Herausgeber dieser Broschüre, ist Aufsichtsratsmitglied der Baugenossenschaft „Wratislavia", die Grundstückskäufe in Kleinburg und auf der Märkischen Straße gemacht hat. Dabei hat ein Mitglied dieser Genossenschaft, beide Male ein glänzendes Geschäft gemacht. Es hat nämlich das erste Grundstück für sich gekauft und dann an die Genossenschaft mit einem Verdienst von 99,000 Mark weitergegeben. (Hört, hört!) Ich habe die Leute auf diese Tatsache aufmerksam gemacht, darauf ist der Betreffende meines Wissens um etwa 30,000 Mark heruntergegangen, der übrige Verdienst ist geblieben. (Hört, hört!) Und in einem zweiten Fall hat dasselbe Mitglied innerhalb zweier Tage wieder 50,000 Mark verdient. (Hört, hört!) Ich will nicht sagen, das ist unredlich, das ist Untreue, ich konstatiere nur die Tatsache. Meine Herren, mit solchen Leuten arbeitet der Verfasser Bergmann zusammen, der der Stadtverwaltung Vorwürfe zu machen sich berechtigt hält. Zur Wohnungsaufsicht übergehend schließt Redner: Warum wollen Sie denn das Odium auf sich laden, aus Hausbesitzer-Interessen diese Vorlage abzulehnen. Sie haben das doch gar nicht nötig, jeder reelle Hausbesitzer muß sich doch gegen die Schmutzkonkurrenz wehren. (Beifall.)

Stadtv. **Biller** (freis. Volksp.): Ich bin leider auch Hausbesitzer, habe aber die Vorlage mit Freuden begrüßt. (Oho!) Ich bedauere, daß meine Leidensgenossen sich so ablehnend verhielten. Was für Zustände hat der Wohnungsausschuß nicht alles angetroffen! Das Herz krampft sich zusammen, man fürchtet sich Atem zu holen, wenn man in eine solche Wohnung tritt. Wir können dieses Elend nicht beseitigen, aber wir können es mit Hilfe des Wohnungs-Aufsehers beschränken. (Beifall.)

Dr. **Reich** (freis.): Der Wohnungsinspektor ist ja beinahe an Händen und Füßen gebunden, es besteht doch wirklich kein Grund, ihn abzulehnen. In meiner Eigenschaft als Armenarzt habe ich einen Blick in das herrschende Elend getan und weiß, daß die schlechten Wohnungen die Herde von Tuberkulose und ähnlichen Krankheiten sind. Gewiß, die Armut ist die letzte Ursache, die wird auch niemals abgeschafft werden können, auch Herr Schütz und die Sozialdemokraten werden sie nicht abschaffen. Redner führt zur Bekräftigung der Vorlage noch einen Ausspruch des Kardinal Fürstbischof Dr. Kopp an.

Stadtv. Dr. **Reisser** (sozialreform.) verteidigt nochmals die Vorlage und sucht ihre Harmlosigkeit nachzuweisen.

Stadtv. **Weiß** (kons.) kritisiert den agitatorischen Ton der Bergmann'schen Broschüre.

Stadtv. **Zebulla** tritt in seinem Schlußwort nochmals für Ablehnung der Vorlage ein.

Oberbürgermeister **Bender** wendet sich wieder gegen Stadtv. Zebulla und eröffnet damit aufs neue die Debatte.

Stadtv. **Schütz** (Soz.): Herr Simon findet es auffällig, daß ich hier über die Verhandlungen im Ausschuß spreche, bei den Beratungen in demselben aber geschwiegen habe. Ich halte es für angebracht, das wohlfahrtsfeindliche Verhalten der Mehrheit der Ausschußmitglieder hier öffentlich festzustellen. Ich habe die Art und Weise, wie Freunde der Vorlage im Ausschuß behandelt worden sind, der Charakteristik halber hier skizziert.

Die „Volkswacht" hat sich ebenfalls in entschiedener Weise dagegen gewendet, daß Mitglieder einer Baugenossenschaft diese ihren persönlichen Interessen dienstbar machen. Bemerken will ich nur, daß jener Herr nicht Sozialdemokrat ist, also uns nicht an die Rockschöße gehangen werden kann.

Herr Oertel irrt, wenn er meint, daß jeder Arbeiter eine anständige Wohnung zu mieten in der Lage ist. Volkswirtschaftlich soll die Wohnungsmiete 15 Prozent des Lohnes nicht übersteigen, das ist hier in Breslau bei dem so überaus erbärmlichen Verdienst nicht möglich, es müssen vielmehr 25 bis 30 Prozent des Einkommens für die Miete aufgewendet werden. Wenn Sie mir sagen, wir werden die Armut, die es immer gegeben hat, nimmer beseitigen, so sage ich Ihnen, daß wir Sozialdemokraten idealistisch genug veranlagt sind, für eine Gesellschaftsordnung einzutreten, die gerechter ihren Mitgliedern gegenüber sein wird, als die heutige.

Oberbürgermeister **Bender**: Es habe ihm ferngelegen, für die Handlungsweise der „Wratislavia" die sozialdemokratische Partei verantwortlich zu machen. (Zuruf rechts: Das nehmen wir auch nicht an.) Dann ist es gut. Man muß sich nämlich vor Mißverständnissen und Verdächtigungen außerordentlich in acht nehmen. Was in der Arbeitersache nicht alles verdreht worden, trotzdem ein halbes Dutzend Zeugen der Unterredung beigewohnt haben. Da kamen alle Blätter, die für das „Volk" schreiben, „Volkszeitung", „Morgenpost", „Roland von Berlin" usw. machen Gedichte auf mich (Heiterkeit) und dabei ist weder das von den „hergelaufenen Leuten" noch das von dem Zeugnis wahr.

Da der Bürgermeister wieder gesprochen, erklärt der Stadtv.-Vorsteher-Stellvertreter die Debatte wieder für eröffnet und gibt das Wort dem

Stadtv. **Schwarzer** (kons.-kleri. Hausbes.), der in unverständlicher Weise für Ablehnung der Vorlage plädierte und behauptete, die Stadt müsse erst Arbeiterwohnhäuser bauen, wenn sie die schlechten Mieter aus den schlechten Wohnungen vertreiben wolle. Andere Hauswirte würden sie nicht aufnehmen.

Damit schloß nach dreimaligen vergeblichen Versuchen die für das hiesige Stadtparlament sehr lang geratene Debatte. Bei der Abstimmung fielen die Anträge Reisser und Finger, welche die Einführung des Wohnungsinspektors auf Umwegen noch durchsetzen wollten, die Vorlage aber wurde wider alles Erwarten mit 41 gegen 36 Stimmen angenommen. Zu den ausgemachten Freunden der Vorlage trat noch jene Korona von Stadtvätern, die sich einer Magistratsvorlage niemals widersetzen, wenn sie der Oberbürgermeister unter Aufbietung aller seiner Kräfte vertritt. Das rettete den Aufseher. Im übrigen zeigt auch diese Abstimmung, wie trotz aller Verwahrungen die persönlichsten Eigeninteressen die Entscheidung bestimmten. Von den Konservativen stimmte ein Teil für die Vorlage, nämlich Nichthausbesitzer, von den Liberalen stimmten die Herren Kunde, Klee, Hamburger gegen den Aufseher, ihre Interessen standen ihnen höher als die Parteiparole. Gegen die Vorlage sprach und stimmte auch Herr Simon, der mit den Hausbesitzern seine Geschäfte macht. Alles in allem — ein charakteristisches Bild der Klassen- und Interessenscheidung — trotz aller Ableugnungen und trotz der einen Hausbesitzer-Schwalbe Biller, die im Krankenkassenwesen sich soziales Verständnis erobert hat, aber allein keinen Sommer macht.

Die Freisinnigen über die Schule.

Wir teilten bereits mit, daß sich die hiesigen Freisinnigen am Mittwoch Abend im Kammermusiksaale des Konzerthauses ein Stelldichein gaben, um über die Verpfaffung der Volksschule zu jammern, wie es durch den Schulgesetzentwurf geplant ist. Um die sogenannte Protestversammlung recht wirkungsvoll zu gestalten, hatten sich die Freisinnigen einen Schulmann und Reichstagsabgeordneten, nämlich Herrn Merten, aus Berlin kommen lassen. Trotzalledem war der Besuch ein äußerst schwacher, kaum 150 Personen, darunter viele Lehrer, hatten sich bis um ½10 Uhr zusammengefunden, sodaß ein Besucher den entrüsteten Ausspruch tat: Ich bin einfach baff! Was bot nun Herr Merten in seinem fast zweistündigen Vortrage, den er mit schmeichelnder Stimme zu Gehör brachte? Nicht, als ob wir leugnen wollten, daß Herr

Merten gegen den Schulverpfaffungsplan der Regierung und reaktionären Parteien gerade in seiner Eigenschaft als Lehrer viel Treffendes zu sagen wußte. Im Gegenteil! Was der Redner über die Beschränkung der Selbstverwaltung der Städte, über die Verjunkerung und Verpfaffung der Volksschule zu sagen wußte, konnten wir Wort für Wort unterschreiben. Aber diese ganze Wirkung der Rede zerplatzte wie eine Seifenblase, als Herr Merten auf die Frage Konfessions- oder Simultanschule zu sprechen kam. Hierin offenbarte sich der Redner als waschechter Vertreter des Liberalismus, dessen verschwommene Weltanschauung so viel Unheil unter den Menschen angerichtet hat. An einer Stelle betonte der Referent, daß man leider in weiten Kreisen des Liberalismus davon abgekommen, die Schule sei weltlich und dann wieder erklärte er pathetisch: Wir schätzen die Kirche in ihrer Tätigkeit als Seelsorgerin für die Schule sehr hoch, nur dürfe sie sich keine Herrschaftsgelüste anmaßen. Diese politische oder geistige Prinzipienlosigkeit in einer so eminent wichtigen Frage läßt sich kaum überbieten. Das heißt nichts anderes, als den Teufel mit Belzebub austreiben. Wenn der Referent in dem Schulgesetzentwurf den Schwerpunkt vermißte, so wir dasselbe auch in seinem Vortrage. Statt die wichtigsten Punkte des Entwurfs in den Mittelpunkt der Kritik zu stellen, reihte er letztere mechanisch genau so, wie der Entwurf sich aufbaut. Und dabei vermeinte Herr Merten, diesen Entwurf gründlich zerpflückt zu haben. Eine bessere Kritik seiner Kritik kann man kaum wünschen! Nach zwei Stunden schloß der Redner seinen freisinnigen Eiertanz. Die Debatte stand auf derselben Höhe. Herr Lehrer Krage wies vor allem den Vorwurf zurück, als ob seine Kollegen „destruktiven Tendenzen" huldigten. O, nein! Sie sind fromm und wollen dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, der Kirche, was ihr zukommt, aber — hier nahm der Herr einen mutigen Anlauf — der Schule auch, was sie haben muß, so versicherte Herr Krägel Der Rektor Köhler bezeichnete den gegenwärtigen Zeitpunkt als für den Kampf um die Simultanschule am allerungünstigsten. Ein großer Teil der Landschullehrer stände diesen Kämpfen fern. Dann verbreitete er sich über die Gehaltsverhältnisse, deren Regelung er für die Hauptsache erklärt. — Damit war die Debatte geschlossen.

Die Lektüre der Breslauer Zimmerer.

Mit einiger Spannung erwarten insbesondere alle baugewerblichen Arbeiter das Ergebnis der Statistik des Zimmererverbandes über die geistige Kost, deren sich die Mitglieder bedienen. Nunmehr sind wir in der Lage, auch hierüber Aufschluß geben zu können. Leider muß von vornherein gesagt werden, daß das Ergebnis hinter den Erwartungen zurückbleibt. Die hiesige Filiale des Zimmererverbandes kennt keine rasche Aufwärtsentwickelung mehr. Sie umfaßt bereits eine so hohe Zahl der organisationsfähigen Berufsgenossen am Orte, daß sie genügend Muße besitzt, um neben der Agitation an eine planmäßige Schulung ihrer Mitglieder zu denken. Unter Würdigung dieses Umstandes hätte das Resultat der Statistik unbedingt ein besseres sein sollen. Die Ortsverwaltung hatte 870 Fragekarten ausgegeben, von denen nur 497 (!) zurückgeliefert worden sind, sodaß 373 Karten unbeantwortet blieben. Von den 497 Kameraden sind 384 Leser der „Volkswacht." 48 lesen nur bürgerliche Preßerzeugnisse, wobei „der Unvermeidliche von der Weidenstraße" noch eine Rolle spielt, die ihm unter Arbeitern nicht mehr zukommen sollte. 65 Kameraden lesen überhaupt keine Zeitung. Dem sozialdemokratischen Verein gehören 135 Zimmerer an.

Das genaue Resultat ist folgendes, es lesen:

Nur die Volkswacht	322
Volkswacht und Morgenzeitung	1
Volkswacht und Generalanzeiger	10
Volkswacht und Gerichtszeitung	32
Volkswacht und Nach Feierabend	10
Volkswacht, Morgenzeitung und Generalanzeiger	1
Volkswacht, Morgenzeitung und Gerichtszeitung	1
Volkswacht, Generalanzeiger und Gerichtszeitung	2
Volkswacht, Schlesische Volkszeitung und Gerichtszeitung	1
Volkswacht, Gerichtszeitung und Nach Feierabend	1
Volkswacht, Generalanz., Gerichtsztg. u. Nach Feierabend	1
Volkswacht, Generalanzeiger, Praktischer Wegweiser	1
Volkswacht und Praktischer Wegweiser	1
Nur die Morgenzeitung	14
Nur den Generalanzeiger	19
Nur Nach Feierabend	4
Nur die Gerichtszeitung	4
Generalanzeiger und Gerichtszeitung	1
Generalanzeiger und Hausfreund	1
Gerichtszeitung und Nach Feierabend	1
Oppelner Nachrichten	1

Daß Kameraden „mehrere" oder „verschiedene" Zeitungen lesen, kommt in drei Fällen vor. Diese Ausfüller der betreffenden Karten haben offenbar vom Wert einer genauen Statistik noch nicht genügend Kenntnis. Eine sehr lobenswerte Eigenschaft der Zimmerer leuchtet jedenfalls aus der Statistik hervor, nämlich die Abneigung gegen jede Vereinsmeierei. Die Zimmerer sind in ihrer Gewerkschaft und soweit sie die Notwendigkeit begriffen, in der politischen Organisation. Hie und da trifft man auf einen, der dem Arbeiter-Radfahrer- oder dem Gesangverein der Zimmerer angehört. Lotterievereine, die bekannteste Spezies zur Pflege von geselligem Mumpitz, die wir in Breslau haben, sind den Zimmerern fast gänzlich fremd.

Was lehrt nun die Statistik? Daß es in diesem Berufe ebenfalls noch viel Arbeit gibt und zwar für die Zimmerer selbst, als auch für uns. Die Statistik weist uns den Weg, sie zeigt uns deutlich, wo wir mit unserer Aufklärungsarbeit einsetzen müssen; das lehrt uns die Statistik zum Aerger der „Schlesischen Zeitung" und ihrer Hintermänner, zum Aerger aller, denen ein weiteres Erstarken der proletarischen Gesamtbewegung Halswürgen verursacht.

* **Die Rechtsschutzstelle für Frauen** gewährt unentgeltlich Rat und Hilfe in Rechtssachen und erteilt Auskunft in allen Wohlfahrtsangelegenheiten. Infolge starker Inanspruchnahme von seiten des Publikums hat die Rechtsschutzstelle zu der anfänglich eingerichteten Sprechstunde am Mittwoch Nachmittag von 4½—7 Uhr noch eine solche am Montag, gleichfalls von 4½—7 Uhr, hinzugefügt. Da nicht dieselben Damen in beiden Sprechstunden tätig sind, ist zu berücksichtigen, daß die Ratsuchenden, deren Angelegenheit weitergeht, stets an dem Tage wiederkommen, an welchem sie zum ersten Male in der Sprechstunde gewesen sind. — Beide Sprechstunden finden statt im zweiten Stock, Zimmer 21, des Hauses Basteigasse 6a.

* **Aus dem Kunstgewerbemuseum.** Das Museum ist am 27. Januar, dem Geburtstage des Kaisers, geschlossen.

* **Zusammenstoß.** Am 24. d. Mts. Vormittags stießen am Blücherplatz zwei Züge der Straßenbahn zusammen. Der eine Anhängewagen wurde aus den Schienen gehoben.

* **Vermißt** wird seit dem 19. d. Mts. die 18 Jahre alte Plätterin Anna Geisler, welche Paulinenstraße 16 gewohnt hat.

* **Brände.** In einer Wohnung Matthiasstraße 178 entstand am 24. d. Mts. Nachmittags neben dem Ofen ein Brand, der vor Ankunft der Feuerwehr gelöscht war. Infolge Spielens eines Kindes mit Streichhölzern ging in einer Wohnung auf der Fürstenstraße ein Bett in Flammen auf.

* **Verhaftet** wurden drei Kaufleute und eine Verkäuferin, die aus einem hiesigen Geschäft fortgesetzt Waren gestohlen hatten.

* **Tödlicher Sturz.** Das 7½ Jahre alte Mädchen Gertrud Scholz stürzte am 22. d. Mts. in dem Hause Schießwerderstraße 34 von der Treppe und erlitt sehr schwere Verletzungen am Kopf, denen es am nächsten Tag im Allerheiligen-Hospital erlegen ist.

* **Diebstähle.** Von einem Rollwagen wurde eine Kiste Seifenpulver, gez. E. S. 7121, gestohlen und einem 6 Jahre alten Mädchen wurde auf der Hildebrandtstraße ein Portemonnaie mit 1.83 Mk. entrissen.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 24. d. Mts. 12 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein goldener Ring mit rotem Stein, ein Rabattmarkenstück, eine schwarze Reisedecke und ein Paar Gamaschen. — Abhanden kamen: ein Andreaskreuz, ein Skunksmuff und ein Portemonnaie mit 16 Mk.

Aus Schlesien und Posen.

Freisinnige Reichs-Bettel-Verbändler.

Im „Boten a. d. Riesengebirge" in Hirschberg finden wir im Briefkasten folgende Notiz:

„L. R., Reibnitz. Der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie" ist ein durchaus reaktionäres Unternehmen. Lassen Sie sich durch die schönen Zeugnisse nur nicht täuschen. Wenn Sie zur wirksamen Bekämpfung der Sozialdemokratie etwas beitragen wollen, so liefern Sie den dem Reichsverbande zugedachten Betrag dem Verein der Freisinnigen Volkspartei in Hirschberg ab."

Da haben wir das Programm der Freisinnigen: Bekämpfung der Sozialdemokratie! Für die Bekämpfung der schlimmsten Volksfeinde, der Zentrumler und der Schwarzen bleibt den Freisinnigen keine Zeit. Die Organe, namentlich die „Breslauer Zeitung" und die ihr ebenbürtige „Freie deutsche Presse" haben seit Jahren nach diesem Programm gehandelt. Wir sind überzeugt, daß sich die niederschlesischen Wähler im Riesengebirge, Görlitz, Glogau, Bunzlau, Grünberg, Liegnitz 2c. den Programmpunkt der Freisinnigen gut merken werden.

Hungrige Kinder im Militärstaate.

Niemand sorgt mehr für die „Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander" als unsere heutigen Zustände im Ordnungsstaate und ihre Urheber. Folgender Notschrei ist dafür wieder ein klassischer Beweis. Oberschlesische Blätter veröffentlichen ihn in folgendem:

Herzliche Bitte!

„Wie alljährlich wenden wir uns auch in diesem Winter an alle edlen Menschenfreunde mit der inständigen Bitte um milde Gaben, damit wir armen, hungrigen Schulkindern während der strengen Jahreszeit ein warmes Frühstück vor dem Beginn der Schulstunden gewähren können. Unsere Mittel sind aufgebraucht, und die herrschende Teuerung aller Lebens-Bedürfnisse legt uns besonders große Sorge auf. Aber wir vertrauen darauf, daß die allezeit bewährte Hilfe unserer Mitbürger uns auch diesmal nicht versagt bleiben wird."

Indessen hier in dürren Worten der völlige Bankerott der berühmten „sozialen Fürsorge" konstatiert wird, fordert die „christliche" Reichsregierung annähernd 1000 Millionen für Vermehrung von Kanonen, Schießprügel und Paradeschiffe! Kann man sich etwas Aufreizenderes denken?

Immer neue Opfer des § 95!

Aus Oels wird gemeldet:

„Wegen Majestätsbeleidigung und wegen Beleidigung eines Nachtwächters außerdem wegen Bedrohung wurde der Arbeiter Finke vor dem Landgericht in Oels zu **1 Jahr 3 Monate Gefängnis** verurteilt. Finke soll nach der „Lokomotive an der Oder" in Prausnitz, Kreis Militsch, in einer Nacht des vergangenen Dezembers eine unehrerbietige Aeußerung gegen den Kaiser ausgestoßen, über einen Nachtwächter ehrenrührige Worte gesprochen, einem anderen Nachtwächter gedroht haben, ihm den Bauch aufzuschlitzen und bei diesen Vorgängen seine Stimme überlaut gebraucht haben."

Leider wird in der Notiz nicht gesagt, wieviel von den 15 Monaten auf die Nachtwächter- und wieviel auf die Kaiserbeleidigung kommen, und ob der Beleidiger betrunken war oder nicht. Trotzdem ist das Urteil ein geradezu erschreckendes zu nennen.

Wir können nur immer und immer wiederholen: Ein aufgeklärter Sozialdemokrat äußert sich nicht unehrerbietig gegen die Person des Kaisers. Sozialdemokraten bekämpfen nicht Personen, sondern Einrichtungen und Institutionen; wem deshalb in der Monarchie etwas nicht gefällt, der lasse Personen aus dem Spiel und helfe uns als Republikaner, die überlebte Institution der Monarchie zu bekämpfen.

Schutz dem Zaren!

Polnische Blätter berichten, daß auf Anordnung des Amtsgerichts in Hohensalza eine Bronzemedaille beschlagnahmt worden sei, die auf der einen Seite einen Arbeiter mit entrollter Fahne zeige, die die Aufschrift „Fort mit dem Zarentum" trage. Die andere Seite habe die Aufschrift „Zur Erinnerung an den blutigen Kampf und seine Opfer in Polen und Littauen 1904 und 1905". Auf dem Rande stehe: „Revolution in Polen. Es lebe der Kampf um die Freiheit."

Dieser Beschlagnahme fehlt unseres Erachtens jede gesetzliche Unterlage. Vermutlich erblickt das Gericht in der Aufschrift der Medaille eine Förderung des Hochverrats gegen Rußland. Sollte das Gericht nicht wissen, daß seit dem Königsberger Prozeß der Hochverrat gegen Rußland ausdrücklich erlaubt ist? Hoffentlich wird dem Amtsgericht von höherer Instanz recht bald klar gemacht, daß das „neugefestigte starke Rußland" eines derartigen „Schutzes" durch preußische Behörden gar nicht bedarf und daß der Schutz des Zaren zu den persönlichen Obliegenheiten seines Busenfreundes Bülow gehört.

Ausbruch der echten Pocken!

Ein Fall von echten Pocken ist, dem „Pos. Tagebl." zufolge, bei einem russischen Arbeiter in Raschkowel, Kreis Adelnau, festgestellt worden. Der Betreffende, der, ohne geimpft zu sein, in Arbeit genommen worden war, ist sofort in das Kreiskrankenhaus nach Ostrowo übergeführt worden. Alle Maßnahmen zur Verhütung der Weiterverbreitung der Krankheit sind getroffen worden.

Der Bankerott der Polenpolitik.

(Lehren der Volkszählung in Posen.)

Die Provinz Posen, an welcher von seiten der Behörden seit ihrer Einverleibung in den preußischen Staat herumkuriert wird mit dem Ziele, die eingeborenen Polen und die seit Jahrhunderten eingewanderten, das deutsche Element repräsentierenden Juden zu verdrängen, gibt jetzt wieder den deutlichen Beweis dafür, daß offene und auch versteckte Gewaltmaßregeln nicht geeignet sind, das gewollte Ziel zu erreichen. Der künstlichen Besiedelung der Provinzstädte mit Protestanten, die nur zum geringsten Teile aus erwerbstätigen Elementen bestehen, zum anderen aus Zivil- und Militärbeamten, steht das natürliche Wachstum der Polen gegenüber, unter deren besitzenden Klassen eine Abwanderung im Gegensatze zu denen der Protestanten ausgeschlossen ist. Selbst die Tätigkeit der königlichen Ansiedelungskommission kann eine dauernde Hilfe gegen das Vordringen des Polentums nicht bringen; denn Polen ist in seiner Natur und in seinen Erwerbsverhältnissen kein so verlockendes Land, daß es auch nur die bescheidenen Kleinbauern andauernd hierher ziehen und dann hier fesseln könnte. Und die größeren Besitzerstellen kommen ohne Polen überhaupt nicht aus. Die geringen Lebensansprüche der letzteren lassen die Konkurrenz des verwöhnteren deutschen Arbeiters gar nicht erst aufkommen. Tatsächlich hört man schon jetzt nicht selten die Aeußerung: „Was wir auch machen, ist falsch", das heißt die Regierung ist auf dem Punkte angelangt, wo sie nicht aus und nicht ein weiß — und nicht den Mut hat, ein kräftiges „Halt" ertönen zu lassen.

Die folgende Liste zeigt den Zuwachs und die Abnahme der Bevölkerung in einer Reihe von Posener Kleinstädten und Flecken von der Volkszählung 1900 bis zu der von 1905. Sie ist keine tendenziöse Auswahl, sondern ist dadurch nur ein Bruchstück, da uns das Zählungsmaterial nur in diesen Grenzen zugängig war. Die Zahlen bedürfen keines Kommentars, sie sprechen für sich selbst und beweisen den **vollständigen Bankerott der Regierungspolitik.**

Zu- und Abnahme (+ bezw. —) der Bevölkerung in der Provinz Posen von 1900 bis 1905.

	Evang.	Kath.	Juden
Kolmar	+ 848	+ 527	— 50
Wreschen	+ 821	+ 727	— 180
Stadt Schrimm	+ 567	+ 878	— 78
Kreis Schrimm	+ 829	+ 1109	— 168
Kurnik	— 48	+ 47	— 57
Zanowitz	+ 78	+ 277	— 81
Ostrowo	+ 270	+ 1105	— 46
Schroda	+ 67	+ 603	— 10
Tissa	+ 992	+ 936	— 162
Kr. Wongrowitz	+ 3551	+ 277	— 150
Kr. Strelno	— 139	+ 5848	— 148
Rogasen	— 7	+ 395	— 67

Es ist nicht schwer vorauszusehen, daß das Anwachsen der nicht dem Beamtenstande angehörenden Protestanten in den kleinen Städten gar bald aufhören wird: sie finden selbst mit Hilfe der Unterstützungsgelder aus den deutschen Fonds nicht immer ihre Rechnung. Und um ihre soziale Stellung sind die Stipendiaten nicht zu beneiden.

Von wesentlicher, volkswirtschaftlicher Bedeutung ist die Abwanderung der Juden. Daß diese nur unter dem Zwange der für sie traurigen Erwerbsverhältnisse stattfindet, bedarf keines Beweises; denn gerade die östlichen Juden zieht nicht der Glanz des Großstadtlebens von seiner alten Scholle fort, er ist viel zu nüchtern und neigt viel zu wenig zum Uebermut, als daß er sich entschließen könnte, ohne Not einen Ort zu verlassen, an dem Eltern und Ureltern ihr Auskommen gefunden haben. Zwischen ihnen und den eingeborenen Christen besteht nirgends sowie in unserer Provinz ein vertrautes geschäftliches Verhältnis zum Nutzen beider Teile, sodaß es keinem Juden beikommen wird, das sichere Brot in der alten Heimat gegen das unsichere in der Ferne zu vertauschen, wenn er nicht eben gezwungen ist, auszuwandern.

Das konzentrierte Kesseltreiben aller protestantischen Behörden richtete sich zunächst gegen die akademischen jüdischen Berufe, dann durch das staatlich unterstützte Genossenschaftswesen gegen die jüdischen Handwerker und Kaufleute.

Und der Erfolg? Das Ergebnis der Volkszählung von 1905! Und welches ist das Resultat aus dem Opfer aller der immensen Summen, welche vom Staate nach dem Osten geworfen werden? Das rapide Erstarken der polnischen Banken!

Die Regierung ist mit ihrer Polenpolitik gescheitert, weil der weitsichtige Mann fehlt, welcher dem untergeordneten Beamten, dem Landrat und Assessor, klar vor Augen führt, daß man die Ostmarken nicht sichert, wenn man mit den drei bisher beliebten Programmpunkten: Schimpfen auf die Polen, materielle Verdrängung der Juden und Hurra-Hoch bei deutschen Festen auszukommen versucht.

Die neueste Geschworenenliste in Posen weist keinen einzigen Juden als Geschworenen auf!

Nur harmlose politische Kinder glauben an das blind waltende Los.

Strehlen, 25. Januar. Die Verwaltung der städtischen Granitbrüche schreibt uns zu unserem Bericht vom Unglücksfall im Dezember vorigen Jahres:

Die beiden Steinbohrer Hensel und Pinke waren in unserem kleinen Bruche (Birkenbusch) seit längerer Zeit mit der Herstellung von Bohrlöchern zum Sprengen des Gesteins beschäftigt.

Um sich nun einen Lohnvorteil zu verschaffen, resp. uns zu betrügen (? Red.), haben die beiden Arbeiter ein bereits abgeschossenes, jedoch zum Teil stehengebliebenes Bohrloch (eine sogenannte Pfeife) tiefer gebohrt. Sie wollten also für den Teil des stehengebliebenen Bohrloches, der bereits verrechnet war, nochmals Bohrlohn beanspruchen.

Da sich aber in dem alten Bohrloch noch geringe Sprengstoff-Reste (Cheddit), welche beim Losschießen nicht explodiert waren, befanden, mußten sich dieselben selbstverständlich beim Tieferbohren entzünden. Durch die herumfliegenden Steinsplitter wurden jedoch den beiden Arbeitern nur ganz unbedeutende Verwundungen an den Händen und im Gesicht zugefügt.

Die betreffenden Arbeiter haben ganz genau gewußt — was dieselben auch zugegeben haben — daß das Tieferbohren von stehengebliebenen Bohrlöchern, sogenannten Pfeiffen, verboten ist. Außerdem hängt auch ein diesbezügliches Verbot an mehreren Stellen in unserem Betriebe aus.

Hätten sich also die beiden Arbeiter an die bestehenden Vorschriften gehalten, so wäre ein Unfall nicht vorgekommen.

Polsnetz, Kreis Waldenburg, 26. Januar. Achtung, Parteigenossen! Die Wählerlisten zur Gemeinderatswahl liegen nur noch bis zum 30. Januar im Gemeindebureau (bei Geisler) aus. Es hat sich herausgestellt, daß eine große Anzahl Arbeiter nicht in die Listen eingetragen sind! Sichert Euch das Wahlrecht, indem Ihr Euch überzeugt, ob Ihr in der Wählerliste steht. Wer nicht eingetragen ist, der gehe sofort zum Gemeindevorsteher Ludwig und beantrage seine Aufnahme in die Liste.

Schweidnitz, 25. Januar. Der hiesige Arbeiter-Turnverein hielt vor kurzem seine General-Versammlung ab, in welcher zunächst die Neuwahl des Vorstandes vollzogen wurde. Gewählt wurde als Vorsitzende Albert Wärtner, als Kassierer August Hilse und Alfred Thiel als Turnwart. Wie aus dem soeben erschienenen Jahresbericht zu entnehmen ist, besteht der Verein nun fast zwei Jahre und hat sich in dieser Zeit nach jeder Richtung hin in bemerkenswerter Weise entwickelt. Während die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1905 auf 85 gestiegen ist, wurde der Gerätebestand durch Neuanschaffungen mehr und mehr vervollständigt, so daß jetzt der Verein so ziemlich im Besitz aller notwendigen Turngeräte ist, welche einen Wert von ca. siebenhundert Mark repräsentieren. Die Turnabende werden wie bisher jeden Dienstag und Freitag abgehalten werden, und zwar in unserem Turnlokal „Zum Zeltgarten", welches sich in jeder Weise eignet, um das Turnen recht angenehm zu gestalten. Ist so der Verein in der Lage, allen turnerischen Anforderungen zu genügen, so ist doch die Tatsache bedauerlich, daß noch viele Arbeiter den bürgerlichen Turnvereinen angehören, dort ihre Geschäfte suchen und schließlich trotzalledem dort nicht gern gesehen sind. Demgegenüber erachtet es der Vorstand des hiesigen Arbeiter-Turnvereins für seine Pflicht, auf das Unnatürliche dieses Zustandes hinzuweisen, und richtet an alle sich für die Turnsache interessierenden Arbeiter die Aufforderung, der Freien Turnerschaft als Mitglieder beizutreten.

Liegnitz. Kospoth in allerhöchste Ungnade gefallen. Zu der Angelegenheit des Grafen Kospoth wird noch geschrieben, daß Graf Kospoth Ende Dezember vom Kultusministerium schriftlich ersucht wurde, umgehend mitzuteilen, wann er die Kuratorstellung der Ritter-Akademie in Liegnitz niederzulegen gedenke. Graf Kospoth fuhr mit diesem Schreiben nach Berlin und suchte durch Herrn von Lucanus um eine Audienz beim Kaiser nach, die ihm aber glatt abgeschlagen wurde.

Beuthen, 25. Januar. Vom Kampf gegen die Polen. Die Redakteure Meyer und Lobus von der „Grenzzeitung" bezw. von der „Gazeta Katolicka" wurden von der Strafkammer zu je 30 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie den Anklagetenor gegen Jan Wrzesik-Sabrze, der wegen Landesverrats angeklagt war, vor dem Verhandlungstermine veröffentlicht hatten.

Reisse, 26. Januar. Ein „Sieg" der Christlichen. Durch demagogisch aufgereizte Hetzerei und Verbreitung unwahrer Behauptungen durch die Christlichen ist es gelungen, den Gesellenausschuß in der Tischler-Innung mit 59 gegen 46 Stimmen an sich zu reißen. Ein Ansporn für unsere Genossen, künftig besser auf dem Posten zu sein und die Arbeiter besser über den Charakter der Christlichen zu unterrichten!

Posen, 26. Januar. In der Stadtverordnetensitzung vom 24. Januar wurde mit der Beratung des Stadtetats für 1906 begonnen. Gleich zu Anfang zeigte sich, daß in diesem Jahre die Steuerschraube bedeutend angezogen werden soll. Als erste neue Steuer wurde eine Musikautomaten- und Phonographensteuer beschlossen. Für das Spielen eines automatischen Musikinstrumentes oder Phonographen in Gast- und Schankwirtschaften oder öffentlichen Vergnügungslokalen wird für jedes Jahr eine Jahressteuer von 2 Prozent des Anschaffungswertes des betreffenden Instrumentes, mindestens jedoch 10 Mark, zahlbar in Vierteljahresbeiträgen im voraus, erhoben. Ebenfalls sollen in Zukunft die Zirkusvorstellungen besteuert werden, und zwar wird für jede Vorstellung bei einem Eintrittsgeld bis zu 1.50 Mark eine Steuer von 10 Mark, und bei einem höheren Eintrittsgeld eine solche von 20 Mark erhoben. Aus diesen Steuern hofft man die Summe von 3—4000 Mark zu erzielen. Darauhin wendete man sich dem Etat der Sparkasse zu. Auch hier war große Neigung vorhanden, den Zinsfuß der Spareinlagen, der gegenwärtig 3½ Prozent beträgt, herabzusetzen, um dadurch dem Stadtsäckel eine Mehreinnahme zuführen zu können. Hierbei war von Interesse das Geständnis des Stadtverordneten Hamburger, daß die städtische Sparkasse von gewissen Kapitalistenkreisen ausgenutzt, also gewissermaßen an ihr spekuliert wird. Die beantragte Herabsetzung des Zinsfußes wurde jedoch abgelehnt. Unter der Arbeiterschaft Posens wird es nicht viele geben, die an dem Zinsfuß der Sparkasse ein Interesse haben. In geheimer Sitzung wurde noch der Ankauf eines Grundstückes in der Venetianerstraße für 36,000 Mark beschlossen.

Posen, 27. Januar. Wenn Arbeiter nicht organisiert sind. Ein unangenehmer Arbeitgeber ist der Bäckermeister und Rittergutsbesitzer Steffens in Jersitz. Derselbe hat nämlich die sadistische Angewohnheit, seine Kutscher zu prügeln. Kürzlich schlug er einen Kutscher so, daß letzterer von einer Seite zur anderen taumelte. Zwischendurch weiß hat sich [illegible] lassen. Aber er war nicht organisiert, und den wollten doch man ihm etwas bieten — nicht zu Jubeln. Einem Verbandsmitgliede war dieselbe [illegible] worden, nur der Arbeiter wegen wurde es [illegible] unterlassen, jedenfalls weil der Kutscher erst nach den Wahlen, die bekanntlich Herr Hilsen siegte. Tatsächlich [illegible] es, daß [illegible] deutscher [illegible] plausibel [illegible], daß ein derartiges patriarchalisches Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmer heutzutage nicht mehr besteht.

Frankfurt, 26. Januar. Wer den Sonntag entheiligt. Im Laufe des verflossenen Jahres hatte die Polizeiverwaltung in einem Bericht die Verhältnisse der Zuckerfabrik in Frankfurt in besonderer Hinsicht der Anordnung der Sonntagsarbeit, daß bis zum ersten Weihnachtsfeiertag die Arbeit [illegible] wird. Diese Arbeit blieb der Direktion [illegible] und demzufolge wurde am 24. Dezember noch bis [illegible] Uhr gearbeitet, am ersten Weihnachtsfeiertag die Arbeit ruhen [illegible]. In diesem Jahre wird nun wieder regelmäßig [illegible] Sonntags gearbeitet. Die in der [illegible] Gewerbe haben seit August 1905 die [illegible] einen freien Sonntag gehabt. Gegenwärtig [illegible] man Polizei zu beobachten, daß Arbeiter am Sonntag [illegible] beschäftigt und im Anschluß daran die Nacht [illegible] müssen. Es ist vorgekommen, daß in einer [illegible] Schichten zu machen waren, der allerdings [illegible] sein Leben ließ. Allgemein wird [illegible] bei keiner Kompagnie eine solche Ausnutzung [illegible] beobachtet wurde, wie bei der letzten Kompagnie. Im Monat Dezember vorigen Jahres wendete sich diese Arbeiterschaft mit einigen Beschwerden an die Gewerbeinspektion in Offenbach, jedoch ist bis jetzt noch nichts geschehen, das den Wünschen der Arbeiter entspricht.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurde der Stellenbesitzer Wurig aus Gorischdorf ins Untersuchungsgefängnis Liegnitz eingeliefert. Wurig ist stark verdächtig, die große dreiteilige Scheune des ihm benachbarten Bauernguts, den Besitzern Wendholz und Seide gehörig, am Abend des vergangenen Freitags in Brand gesteckt zu haben. — Die Unsitte, Kinder bei brennender Lampe ohne Aufsicht zu lassen, hat wieder einmal ein Unglück gezeitigt. Die Frau des Bergmanns Thomalla in Wüstein hatte, um in der Abendstunde Einkäufe zu besorgen, ihre beiden Kinder im Alter von 7 und 1½ Jahren in der Wohnung allein zurückgelassen. Beim Spielen der beiden stürzte die brennende Lampe vom Tische, und das Petroleum ergoß sich über die Kleider des 1½ Jahre alten Mädchens, das sofort in hellen Flammen stand. Das Kind erlitt so furchtbare Brandwunden, daß es ihm noch am selben Abend unter qualvollen Schmerzen erlag. — Die Frau des Hüttlers Probst aus Bietzejewo bei Bnin hatte am 23. d. M. ihre vier kleinen Kinder allein zu Hause gelassen und ihrem im nahen Walde arbeitenden Manne Essen gebracht. Bei ihrer Rückkehr fand sie die Küche mit Rauch angefüllt. Nachdem sie durch Einschlagen der Fenster dem Rauche Abzug verschafft hatte, bemerkte sie, daß das Bett, das in der Küche stand, brannte. Ihre Kinder fand sie in der Nebenkammer besinnungslos liegen; sie waren im Rauche erstickt. Es wurde sofort zum Arzt geschickt, der aber nur den bereits eingetretenen Tod feststellen konnte. Nach den polizeilichen Ermittelungen kann das Feuer nur dadurch entstanden sein, daß die Kinder mit Streichhölzern gespielt haben.

Vermischtes.

Die Erben eines Whiskytrinkers. Ein recht amerikanisches Urteil hat, wie aus Chicago geschrieben wird, dort kürzlich ein Richter gefällt. Ein gewisser ehrenwerter Mr. John Hedlung hatte sich auf dem nicht so ungewöhnlichen Wege des Whiskytrinkens aus dieser Welt in ein besseres Jenseits befördert, das heißt er starb an den Folgen allzu reichlichen Alkoholgenusses. Seine hinterlassenen Kinder verklagten nun, da sie sich dem größten Elend ausgesetzt sahen, die Eigentümer von drei Bars, in denen ihr Vater täglich verkehrt und sich allmählich zu Tode getrunken hatte, auf Schadensersatz und drangen mit dieser jedenfalls nicht alltäglichen Klage auch wirklich durch. Der Richter sprach ihnen die ganz hübsche Summe von 68,000 Mk. zu, die die drei Barkeeper gemeinschaftlich zu tragen haben werden. So wird ihnen wohl ihr seliger Stammgast auf lange Zeit hinaus als ein nachträglich recht teuer gewordener Gast in Erinnerung bleiben.

Wie den Katzen Arznei zu verabreichen ist. Im allgemeinen zeigen die Katzen ein entschiedenes Widerstreben gegen Einnehmen von arzneilichen Stoffen. Dieses kann unter Umständen leicht dadurch überwunden werden, daß man das Medikament, etwa auch unter Beihilfe von etwas Fett, ihnen auf das Fell streicht. Die Katze, dem ihr angeborenen Sauberkeitsbedürfnisse folgend, macht sich sofort daran, den aufgetragenen Stoff abzulecken, infolgedessen die Arznei in ihren Magen gelangt.

Literatur.

Von der **Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift,** Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1.20 Mk., Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist soeben das 4. Heft des zweiten Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat:

Glossen: Der 21. Januar. — Hamburger Lehren. — Die „regierende Partei". — Der neue Präsident. — Bei den Arbeitern und bei der Arbeit. — Säuglingssterblichkeit. — Friedrich Stampfer. Der Tote und die Lebenden. — Albert Südekum: Die neuen Verfassungsbestrebungen. — Edward R. Beale: Die englischen Parlamentswahlen. — Hans Marchwald: Mainlinie und Wahlrecht. — Ernst Schur: Die Premier-Ausstellung. — Hans Ostwald: Frau Meyen. Episoden aus einem Werdegang.

Die „Sozialistischen Monatshefte", herausgegeben von J. Bloch, Administration Berlin W. 35, Lützowstraße 105, haben soeben das Januarheft ihres 12. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Dr. Leo Arons: Die Volksschulvorlage im preußischen Landtag. — Eduard Bernstein: Politischer Massenstreik und Revolutionsromantik. — James Ramsay MacDonald: Sozialistische Praxis. — Adolph v. Elm: Der „Vorwärts"konflikt und die Partei. — Richard Calwer: Disziplin und Meinungsfreiheit. — Max Schippel: Neue Einwanderungsbeschränkungen in den Vereinigten Staaten. — Theodor Leipart: Die Streikstatistik der Gewerkschaften. — Otto Hue: Bemerkungen zur Kartellenquete. — Robert Schmidt: Sozialpolitik für die Landarbeiter! — Olav Kringen: Monarchie oder Republik? — Hubert Bourrain: Proudhon. — Weltschau von Max Schippel. — Politik von Richard Calwer. — Sozialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialistische Bewegung von Hugo Poetzsch. — Gewerkschafts-Bewegung von Ernst Deinhardt. — Genossenschaftsbewegung von Gertrud David. — Sozialpädagogische Bewegung von Dr. Franz Lindheimer. — Frauenbewegung von Henriette Fürth. — Philosophie von Professor Dr. Franz Staudinger. — Sozialwissenschaften von Paul Kampffmeyer. — Bildende Kunst von Rudolf Klein. — Dichtkunst von Max Hochdorf. — Musik von Ernst Aarmann. — Buchbesprechungen von Ida Hänn-Lux. — Als künstlerische Beigabe bringt das Heft eine Karikatur auf Proudhon von Honore Daumier. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., vierteljährlich 1.50 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteure und durch jede Postanstalt, ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte", Berlin W. 35 Lützowstraße 105. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Couvert.) Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission Breslau, 25. Januar.

	Pro 100 Kilogramm					
	gute		mittlere		geringere Sort.	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen, weißer	17.50	16.70	16.50	16.10	16.00	15.60
Weizen, gelber	17.40	16.60	16.50	16.10	16.00	15.60
Roggen	16.00	15.40	15.30	15.10	15.00	14.80
Braugerste	16.00	15.60	15.50	15.00	—.—	—.—
Futtergerste	14.50	14.10	14.00	13.60	13.50	13.00
Hafer	15.60	15.10	15.00	14.60	14.50	14.10
Viktoria-Erbsen	20.50	19.50	18.50	17.50	16.50	15.50
Erbsen	18.00	17.50	16.30	15.30	14.50	14.00

Heu pro 50 Kilogramm 2.10—2.40 Mk.
Stroh, pro Schock 24.00—26.00 Mk.
Winterraps 23.80—21.80—19.80 Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig, per 100 Kilogr. inkl. Sack brutto, Weizenmehl 00 ruhig, 23.25—24.25 Mk. Roggenmehl 00 ruhig, 22.75—23.25 Mk. Roggen-Hausbacken ruhig, 22.50—22.75 Mk. Roggen-Futtermehl fester, 10.75 bis 11.25 Mk. Weizenkleie fester, 10.25—10.75 Mk.

Briefkasten.

A. H. 100. Eine Verschwiegenheitspflicht kommt in diesem Falle nicht in Frage. Maßgebend für die Erteilung einer Schank- bezw. Gastwirtschaftskonzession ist der § 33 der Gewerbeordnung: derselbe sagt in seinem ersten Absatz Ziffer 1, daß die Konzession nur dann zu versagen ist, wenn gegen den Nachsuchenden Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß er das Gewerbe zur Förderung der Völlerei, des verbotenen Spiels, der Hehlerei oder der Unsittlichkeit mißbrauchen werde. Nach unserer Ansicht besteht nicht die Gefahr einer Abweisung des Konzessionsgesuches.

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. IV. Tischler Hans Freibube, ev., Klosterstraße 68, und Anna English, kath., Siebenhufenerstraße 50. — Sergeant im Leib-Kürassier-Regiment Nr. 1 Franz Brescher kath., Kav.-Kaserne, und Hedwig Tischerner, kath., Hochstraße 20. — Schuhmachermeister August Rechner, kath., Ober-Kesselsdorf, und Justine Veith, kath., Friedrichstraße 62. — Rollkutscher August Gürot, kath., Friedrichstraße 109a, und Maria Trauer, kath., Stabelwitz. — Geschäftsreisender Adolf Steinert, jüd., Höfchenstraße 5, und Helene Rosenstein, jüd., Hohenzollernstraße 34. — Kontor Jos. Hoine, jüd., Koschmin, und Rosa Steifmann, gen. Cerini, jüd., Schweidnitzer-Stadtgraben 8. — Handschuhmacher August Kahmann, ev., Friedrichstraße 44, und Luise Krzyzanowski, kath., ebendas.

Eheschließungen. IV. Schuhmachermeister Oskar Quitt, ev., Viktoriastraße 31, mit Minna Dominik, geb. Knorr, ev., ebenda. — Güterbodenarbeiter Paul Schlaefke, kath., Hildebrandstraße 26, mit Hedwig Herde, kath., Moritzstraße 38. — Schuhmacher Josef Klerkmann, kath., Höfchenstraße 25, mit Meta Venker, kath., Bohrauerstraße 6. — Rittergutsbesitzer Emil Mendelsohn, jüd., Gutow, mit Ilse Jaffa, jüd., Gartenstraße 19. — Maschinenputzer Paul Wanke, kath., Friedrichstraße 62, mit Selma Winkler, ev., Moritzstraße 13. — Bahnarbeiter Christian Peter, ev., Siebenhufenerstraße 84, mit Martha Nähder, ev., Holteistraße 10. — Kutscher Ernst Stenzel, ev., Vincenzstraße 49, mit Martha Schubert, ev., Sonnenstraße 38. — Straßenbahnschaffner Hermann Fröhlich, ev., Hochstraße 4, mit Bertha Laqua, geb. Göldner, ev., ebendas. — Gasthausbesitzer Emil Milde, kath., Gräbschenerstraße 74, mit Anna Filor, ev., Altbüßerstraße 8/9.

Geburten. I. Arbeiter Paul Töffilinger, evang., T. — Lithograph Karl Seidel, evang., S. — Arbeiter Gustav Neumann, ev., T. — Arbeiter Robert Nawroth, kath., S. — Schlosser Richard Deichsel, kath., T. — Hammerführer Karl Winkler, kath., S. — Arbeiter Rudolf Sommer, evang., T. — Hausdiener Heinrich Nismond, evang., S. — Schneidermeister Florian Lesta, kath., T. — Lokomotivheizer Johann Mrachacz, kath., S. — Kesselheizer Julius Bartsch, evang., T. — Omnibusschaffner Oskar Michaelis, evang., S. — Klempner Paul Husse, kath., T. — Tischler Kurt Schiffmann, evang., T. — Telegraphenarbeiter Bruno Berger, evang., T. — Handelslehrer Gabriel Bäck, freireligiös, S. — Buchbindermeister Georg Klinner, kath., T. — Arbeiter Wilhelm Gandke, kath., T. — Restaurateur Georg Haetscher, evang., S. — Sattler Franz Kotulla, kath., T. — Eisendreher Julius Oberländer, evang., T. — Oberpostassistent Josef Strausfeld, kath., S. — III. Arbeiter Adolf Schubert, evang., S. — Postschaffner Ernst Kutsche, evang., S. — Kutscher August Schenscher, kath., T. — Heizer Eduard Ludwig, evangelisch, T. — Arbeiter Paul Thomas, evangelisch, T. — Malermeister Max Berger, evangelisch, T. — Tischler Karl Bostelmann, evangelisch, S. — Maurer Wilhelm Thorenz, evangelisch, S. — Privat-Sekretär Karl Zelder, katholisch, T. — Kanzlei-Diätar Karl Schmidt, evangelisch, T. — Kutscher Karl Wiesing, evang., S. — Musiker Alfred Glittler, kath., Tochter. — Leichendiener Julius Gerstenberg, ev., S. — Brauer Georg Bartneck, ev., S. — Rentenempfänger Reinhold Haase, ev., T. — Kürschner Louis Blut, jüd., S. — Arbeiter Paul Geppert, ev., T. — Arbeiter Robert Patzke, ev., T. — Straßenbahnschaffner Karl Ilchmann, ev., T. — Stellmacher Robert Hampel, kath., S. — Türschließer Hermann Lips, kath., S. — Arbeiter Johann Kretsch, kath., T. — Tischler Josef Kolasse, kath., S. — Gärtner Paul Hoppe, evang., T. — Maurer August Kursawe, ev., T. — Handelsmann Franz Küchler, kath., T. — Handlungsgehilfe Georg Stiller, kath., T. — Tischler Friedrich Sturm, ev., T. — Arbeiter Franz Tramontin, kath., T. — Kutscher Paul Lindner, ev., T. — Zimmermann Johann Wittwer, kath., S. — Arbeiter Max Bartneck, ev., S. — Tischler Paul Siegel, kath., T. — Zimmermann Hermann Kleebeck, kath., T. — Haushälter Robert Naß, kath., T. — Tischler Paul Böhm, evang., T. — Haushälter August Kautner, kath., T. — Vizewachtmeister Robert Schäbitz, ev., S. — Tischler Johann Gitschel, evang., Sohn. — Kaufmann Paul Czerwenka, kath., Zwillinge. — Kutscher Paul Vogt, evang., T. — Tischler Johann Perlitius, kath., S.

* * *

Heirats-Ankündigungen. IV. Handlungsgehilfe Bender Jekel, jüd., Hamburg, und Cäcilie Brenner, jüd., Gräbschenerstraße 6. — Bauarbeiter Hermann Schulz, ev., Augustastraße 37, und Anna Rother, kath., ebenda. — Kaufmann Friedrich Bogatsch, ev., Höfchenstraße 79, und Lydia Sucker, evang., ebenda. — Schuhmacher Karl Bartelt, kath., Berlinerplatz 6, und Emma Pop, ev., Neue Graupenstraße 13. — Ober-Postassistent Gottfried Steigerwald, kath., Tempelhof, und Rosa Ruth, kath., Kronprinzenstr. 30. — Schiffbauer Max Focke, ev.-luth., Kosel bei Breslau, und Martha Kurtz, ev., Brandenburgstraße 27.

Eheschließungen. IV. Schuhmacher Robert Scholz, ev., Hohenzollernstraße 38/40, mit Anna Fleischer, ev., Schottwitz. — Kutscher Ernst Olschner, ev., Gabitzstraße 45, mit Susanna Krawczyk, kath., Neudorfstraße 95. — Kaufmann Disponent Max Hellinger, ev., Gräbschenerstraße 10, mit Else Siebhan, ev., Rhediaerstraße 10. — Rentner Adolf Brieger, kath., Gabitzstr. 91, mit Anna Muß, ev., Goethestraße 53. — Schmied Paul Rieger, kath., Theresienstraße 3, mit Elsbeth Wutschel, kath., Kl. Groschengasse 31.

Geburten. I. Zuschneider Ernst Speer, kath., S. — Omnibusschaffner Johann Specht, kath., T. — Schlosser Alfred Obst, kath., T. — Schuhmacher Johann Nerker, kath., T. — Schuhmacher Gottlieb Krusch, evang., S. — Arbeiter August Grossert, kath., S. — Haushälter Gustav Arlt, ev., S. — Arbeiter Theodor Jerneitzig, kath., S. — Haushälter Heinrich Gerber, evang., T. — Agent Heinrich Selten, jüd., T. — Kaufmann Jakob Kurländer, jüd., S. — Haushälter Max Hoffmann, ev., S. — Güterbodenarbeiter Friedrich Berg, ev., S. — Eisenhobler Karl Heinze, ev., T. — Bahnarbeiter Emil Friedrich, ev., T. — Schlosser Max Werdesky, Dissident, T. — Schneider Nat. Falkowski, kath., S. — Lokomotivführer Emil Obst, apostolisch, T. — Schutzmann Karl Richbieter, ev., T. — Schlosser Heinrich Stolz, ev., T. — Knopfmacher Gustav Arlt, ev., S. — Stellmacher Theodor Schorpe, ev., T. — Maurer August Horn, kath., S. — Schneider Polycarp Krolik, kath., T. — Monteur Paul Filcher, ev., T. — II. Güterbodenarbeiter Hermann Pusch, kath., S. — Monteur Hermann Piske, kath., S. — Oberpostassistent Hermann Hahn, ev., S. — Güterbodenarbeiter Gustav Pupke, ev., S. — Bauarbeiter Paul Grunner, ev., T. — Handschuhmacher Max Mücke, kath., S. — Tapezierer Oskar Wanzek, kath., S. — Schmied Paul Jäbler, ev., T. — Kaufmann Karl Rekow, ev., S. — Werkführer Ernst Czech, ev., S. — Tapezierer Ludwig Zander, ev., S. — Kontorist Richard Schüler, ev., S. — Hotelportier Ferdinand Streit, kath., T. — Tischler Hermann Böer, kath., T. — Eisenbahnbuffetschaffner Emil Kutsche, evang., T. — Tischler Richard Brendel, freirel., S. — Zimmermeister Paul Tilaner, ev., S. — Körtner Robert Deutschmann, kath., T. — Arbeiter Richard Sureck, ev., S. — Kutscher Gottlieb Wochnick, ev., S. — Ingenieur Gottfried Mende, kath., T. — Kutscher Paul Fischer, kath., S. — Arbeiter Emil Schaffer, ev., S. — Arbeiter Karl Schubert, kath., T. — Konditoreibesitzer Otto Erber, ev., T. — Oberpostassistent Rudolf Wottscheck, ev., S. — Tischler Albert Hecker, kath., S. — Städtischer Volksschulrektor Julius Hanisch, ev., S. — Oberregierungsrat Max Schimmelpfennig, ev., S. — Arbeiter Paul Maciejewski, kath., T. — Zimmermann Gustav Keller, ev., T. — Steinmetz Bruno Wenzel, kath., T. — Gelbgießer August Haude, ev., T. — Glaser Max Heidingsfeld, ev., S. — Schlosser Hermann Hübner, freirel., S.

* * *

Heirats-Ankündigungen. IV. Kaufmann Ludwig Fraenkel, jüd., Wien, und Elfriede Wendelsohn, jüd., Höfchenstr. 87. — Tischler Reinhold Präfelt, ev., Waterloostraße 16, und Anna Schmoch, evang., Gräbschenerstraße 54. — Hoteldiener Emanuel Thomalla, kath., Gartenstraße 102, und Frieda Weiher, ev., Höfchenstraße 25. — Arbeiter Bruno Hertzog, ev., Alte Sandstraße 1, und Elfriede Kube, kath., Viktoriastraße 100. — Reisender Jakob Robin, jüd., Gartenstraße 92, und Rosalie Pinkus, jüd., Sonnenstraße 11b. — Dienstmann Paul Koslowski, kath., Kaiser Wilhelmstraße 30, und Martha Berthold, kath., ebendaselbst.

Eheschließungen. IV. Hilfsbremser Robert Reichstein, ev., Nachodstraße 1, mit Emma Kaße, ev., Gräbschenerstraße 4. — Regierungssekretär Karl Johnsdorf, ev., Palmstraße 39, mit Helene Ziehlke, ev., Viktoriastraße 77. — Schmied Albert Thamm, kath., Gabitzstraße 18, mit Agnes Böse, kath., Telegraphenstraße 2. — Schmied Paul Richter, ev., Mariannenstraße 12, mit Anna Weide, ev., Höfchenstraße 55.

Todesfälle. IV. Zimmermannswitwe Dorothea Gniechwitz, geb. Konrad, 58 J. — Grubensteigerswitwe Karoline Samuel, geb. Strenz, 82 J. — Frühterer Schneider Gottfried Menzel, 68 J. — Fabrikpförtnerswitwe Johanna Hildebrandt, geb. Jochmann, 80 J. — Major a. D. August Scheche, 62 J. — Anna, T. des Ratsdieners Hermann Heigütte, 6 J. — Erwin, S. des Schmieds Theodor Czapla, 3 M. — Gerichtsvollzieherswitwe Bertha Frömsdorf, geb. Feist, 91 J. — Rudolf, S. des Arbeiters Gustav Lehner, 6 Wochen.